

Bedarfsdeckende Bruttoentgelte



Erforderliche Bruttoentgelthöhen zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit nach SGB II

Bremen, August 2009

Inhalt

1. Zusammenfassung
2. Vorbemerkung
3. Bedarf nach SGB II
 - 3.1 Regelbedarf
 - 3.2 Mehrbedarf
 - 3.3 Kosten der Unterkunft
 - 3.4 Gewichteter monatlicher SGB-II-Bedarf
4. Anrechenbares Einkommen
 - 4.1 Arbeitsentgelt und Erwerbstätigenfreibetrag
 - 4.2 Sozialtransfers
 - 4.2.1 Wohngeld
 - 4.2.2 Kindergeld
 - 4.2.3 Kinderzuschlag
 - 4.2.4 Unterhaltsvorschuss
5. Höhe der bedarfsdeckenden Bruttoarbeitsentgelte
6. Bedarfsniveau, Bruttoschwellen und Mindestlohn
7. Erhöhung der Regelleistung und Mindestlohnhöhe
8. Schlussfolgerungen

Angang:
Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte in Haushalten mit minderjährigen Kindern

1. Zusammenfassung

Gegenstand der Untersuchung ist die Bestimmung bedarfsdeckender Bruttoentgelthöhen für Deutschland insgesamt sowie getrennt für die alten und die neuen Bundesländer. Ausgehend von typisierten Durchschnittsbedarfen für sieben verschiedene Haushaltstypen werden die im Zusammenspiel mit den im Regelfall relevanten Sozialtransfers erforderlichen Bruttoentgelte bestimmt, ab deren Erzielung der Bezug aufstockender lfd. Leistungen nach SGB II ausgeschlossen ist. Ausgehend von den gesamtdeutschen Daten bewegt sich die Spanne der bedarfsdeckenden monatlichen Bruttoentgelte zwischen 1.231 € (Single) und 2.051 € (Paarhaushalt mit einem Kind). Diese Spanne weicht in den alten Ländern um bis zu knapp 6% nach oben und in den neuen Ländern um bis zu knapp 12% nach unten ab.

Während die Bedarfssumme mit der Größe der Bedarfsgemeinschaft stetig steigt, ist ein solcher Zusammenhang zwischen Größe der Bedarfsgemeinschaft und bedarfsdeckenden Bruttoentgelten nicht gegeben; in Haushalten mit Kindern sind im Gegenteil mit steigender Haushaltsgröße sogar sinkende Bruttoentgeltschwellen auszumachen. Die Relation von Schwellen-Brutto zum Gesamtbedarf nimmt mit steigender Haushaltsgröße durchgehend ab. Während Single-Haushalte und kinderlose unverheiratete Paare zur Bedarfsdeckung ein Bruttoentgelt in Höhe des 1,9-Fachen ihres Bedarfs erzielen müssen, reicht etwa bei einem Ehepaar mit drei Kindern ein Bruttoentgelt in Höhe von 2/3 des Bedarfs zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit aus.

Soll ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn dem vollzeitnah beschäftigten Alleinstehenden eine Lebensführung unabhängig von aufstockenden Fürsorgeleistungen ermöglichen (*»Der Mensch muss von seiner Arbeit leben können«*), so müsste dessen Höhe derzeit bei mindestens 8,15 € liegen.

Obwohl Wohngeld sowie kindbezogene Sozialtransfers in Erwerbstitigenhaushalten mit mehreren Kindern einen deutlichen Beitrag zur Senkung des maßgeblichen Schwellen-Brutto leisten, fördert die Untersuchung auch erhebliche Abstimmungsdefizite im Steuer-Transfersystem zutage. Diese Defizite verhindern im Ergebnis eine möglichst schnelle Überwindung der »Hartz IV«-Abhängigkeit mittels Erwerbstitigkeit.

Um das Schwellen-Brutto für Erwerbstitigenhaushalte mit Kindern zu senken und damit die Chancen zur Überwindung der »Hartz-IV«-Abhängigkeit im Wege der Erwerbstitigkeit nachhaltig zu erhöhen, sind ergänzende Regelungen im Wohngeldgesetz, eine Anhebung des Maximalbetrages beim Kinderzuschlag, dessen Staffelung nach dem Alter der Kinder sowie bei Alleinerziehenden eine bessere Abstimmung zwischen Kinderzuschlag, Unterhaltsleistungen und Wohngeld erforderlich.

2. Vorbemerkung

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (»Hartz IV«) im Jahre 2005 sowie mit der Anhebung der SGB-II-Regelleistungen in den neuen Bundesländern auf das Niveau in den alten Ländern besteht für erwerbsfähige Hilfebedürftige und die Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft seit Juli 2006 ein bundesweit einheitliches Fürsorge-niveau. Anders als es durch die Wahl des Begriffs »Arbeitslosengeld II« (Alg II) nahe gelegt wird, handelt es sich bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende keineswegs um ein Leistungssystem, das ausschließlich oder zumindest vorrangig auf die Absicherung erwerbsloser Personen und ihrer Familien zielt. Und auch die Einhaltung des gesetzlichen Lohnabstandsgebotes bei der Bemessung der Regelsätze nach SGB XII (dem Referenzsystem des SGB II) bedeutet ausdrücklich nicht, dass Vollzeitlöhne und -gehälter stets und in jedem Fall Hilfebedürftigkeit nach SGB II ausschließen – im Gegenteil: Stand und Entwicklung der Arbeitsentgelte deuten darauf hin, dass die Zahl derjenigen, die trotz (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit Anspruch auf ergänzende Leistungen nach SGB II haben, quantitativ relevant ist. Dies genau war und ist allerdings auch eines der zentralen Ziele der »Hartz-IV«-Gesetzgebung: Ausbau bestehender sowie Etablierung weiterer Niedriglohnsektoren mit den damit unausweichlich verbundenen Rückwirkungen auf das gesamte Lohn- und Gehaltsgefüge. Bereits am 28. Januar 2005 gab der damalige Bundeskanzler, Gerhard Schröder (SPD), vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos seine diesbezügliche Vollzugsmeldung ab: *»Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. Ich rate allen, die sich damit beschäftigen, sich mal mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen, und nicht nur mit den Berichten über die Gegebenheiten. Deutschland neigt dazu, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, obwohl es das Falscheste ist, was man eigentlich tun kann. Wir haben also einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben dafür gesorgt, dass wir bei der Zahlung von Unterstützung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr, sehr stark in den Vordergrund stellen. Das hat erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durchgestanden. Und wir sind ziemlich sicher, dass das System der Veränderung am Arbeitsmarkt, das im Grunde darauf basiert, die Menschen fit zu machen für den Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt, von ihnen aber auch fordert, dass jede in Deutschland zumutbare Arbeit akzeptiert wird – bei Strafe der Leistungskürzung oder ansonsten der Reduzierung – erfolgreich sein wird«.*

Das SGB II war von Anbeginn keineswegs ausschließlich für Erwerbslose angelegt. Schon der Name des Sicherungssystems – Grundsicherung für Arbeitsuchende – wie auch der Umstand, dass im gesamten SGB II nur an einer

einzigsten Stelle von Arbeitslosigkeit die Rede ist¹, bringen zum Ausdruck, dass es sich um ein Fürsorgesystem für die gesamte hilfebedürftige Erwerbsbevölkerung handelt – und zwar unabhängig von deren aktuellem Erwerbsstatus. Ob erwerbslos oder erwerbstätig im Mini-Job, in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit, als Selbständige oder als Vollzeitbeschäftigte: Wer hilfebedürftig iSd SGB II ist, hat Anspruch auf Alg II und Sozialgeld für seine nicht erwerbsfähigen Angehörigen. Für erwerbstätige Hilfebedürftige hat das Alg II insofern die Funktion einer bedürftigkeitsabhängigen Lohn- (exakter: Einkommens-) Subvention vergleichbar der Sozialhilfe nach dem früheren Bundessozialhilfegesetz (BSHG) mit einer infolge der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe allerdings sehr viel größeren Zielgruppe. Die Hartz-IV-Berechtigung reicht weit in die erwerbstätige Bevölkerung hinein (»Kombi-lohn«) und umfasst Arbeitslose wie Erwerbstätige gleichermaßen.

Im folgenden geht es nicht um die Bezifferung von Armutsschwellen oder die Quantifizierung von Armutsquoten. Nicht »Armut« nach sozialwissenschaftlichem Verständnis, sondern »Hilfebedürftigkeit« auf Basis des geltenden Rechts bildet den Bezugspunkt für die Analyse. Im Zentrum steht dabei die Bestimmung jener Bruttoentgeltschwellen, die – in Abhängigkeit vom Typ der Bedarfsgemeinschaft – erreicht werden müssen, damit für den typisierten Regelfall ein Anspruch auf ergänzende laufende SGB-II-Leistungen ausgeschlossen werden kann. Angesichts des Umstandes, dass in Deutschland mehr als ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten zu Niedriglöhnen arbeitet², legen die ermittelten Bruttoschwellen den Schluss nahe, dass es unter der erwerbstätigen Bevölkerung eine nicht geringe Zahl von Haushalten gibt, die Anspruch auf ergänzende Leistungen des SGB II haben, diesen Anspruch aber vor allem aus Unkenntnis nicht geltend machen (»Dunkelziffer der Hartz-IV-Berechtigung«).

3. Bedarf nach SGB II

Erwerbsfähige Hilfebedürftige fallen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus in den Rechtskreis des SGB II. Hilfebedürftigkeit liegt vor, sofern das anrechenbare Einkommen bzw. Vermögen³ der Bedarfsgemeinschaft den SGB-II-Bedarf nicht deckt. Der Bedarf nach SGB II setzt sich zusammen aus dem Regelbedarf (Regelleistung – Alg II sowie Sozialgeld), eventuellen Mehrbedarfen sowie den (angemessenen) Kosten der Unterkunft (KdU).

Zunächst werden die Bedarfe für sieben verschiedene Haushaltstypen ermittelt – Alleinstehende, (Ehe-) Paare ohne Kind, (Ehe-) Paare mit ein bis drei minderjährigen

¹ In § 29 SGB II im Zusammenhang mit den Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Einstiegsgeld (sowie in § 51b SGB II im Hinblick auf die Datenerhebung und -verarbeitung durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende)

² Vgl. Thorsten Kalina / Claudia Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigtlöhnen, IAQ-Report 2009-05

³ Von der Berücksichtigung evtl. vorhandenen anrechenbaren Vermögens wird im folgenden abgesehen

Kindern sowie Alleinerziehende mit einem bzw. zwei minderjährigen Kindern. Da die Bedarfshöhe – bei gegebenem Typ der Bedarfsgemeinschaft – abhängig ist von den jeweiligen KdU sowie von Anzahl und Alter der Kinder, wird auf typisierende Durchschnittsbedarfe zurückgegriffen. Bei gegebenen KdU reduziert dieses Vorgehen die Anzahl der möglichen Bedarfsniveaus auf nur noch sieben Fälle.

3.1 Regelbedarf

Der Regelbedarf wird nach den Regelsätzen des SGB XII (Referenzsystem des SGB II) bemessen. Die monatliche (Eck-) Regelleistung des SGB II beträgt bundeseinheitlich 359 €. Bei volljährigen (Ehe-) Partnern beläuft sich der Regelbedarf auf jeweils 90% der Eck-Regelleistung. Kindern steht bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres ein Regelbedarf von 60% zu; für Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren erhöht sich der Satz auf 70% und für Kinder ab 14 Jahren auf 80% der Eck-Regelleistung.

Tabelle 1:
Regelleistungen des SGB II
– Alg II und Sozialgeld pro Monat –

	Single (Eck-Regelleistung)	je (Ehe-) Partner	Kinder im Alter von		
			unter 6 Jahre	6 bis 13 Jahre	ab 14 Jahre
in v.H.	100%	90%	60%	70%	80%
in Euro	359 €	323 €	215 €	251 €	287 €

Stand: Juli 2009

Anders als nach der Systematik des ehemaligen Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) umfassen die Regelleistungen des SGB II auch pauschal Leistungen für fast sämtliche einmalige Bedarfssituationen; diese Leistungen wurden früher separat zu den laufenden Leistungen des BSHG erbracht. Die gesonderte Erbringung einmaliger Leistungen ist nunmehr nur noch in den folgenden Fällen vorgesehen:

- Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
- Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt,
- mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen sowie
- seit diesem Jahr einheitlich 100 € pro Schüler und Schuljahr als zusätzliche Leistung für die Schule.

Von einer Berücksichtigung dieser verbliebenen einmaligen Leistungen bzw. Bedarfe wird bei der Bestimmung typisierter SGB-II-Bedarfe abgesehen.

Für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern wird zudem ein altersunabhängiger durchschnittlicher Kinderregelbedarf zugrunde gelegt. Entsprechend der Tabelle 2 wurde der durchschnittliche Regelbedarf für ein Kind mit 68,89% der Eck-Regelleistung ermittelt. Dieser Anteil entspricht dem gewichteten Durchschnitt der nach Alter gestaffelten Regelleistungen für Kinder; es wurde also ein Durchschnittswert von 18 Kindern gebildet, die je einem Jahrgang von unter einem Jahr bis unter 18 Jahren angehören.

Tabelle 2:
Kinder-Regelleistung
– Ermittlung des gewichteten Durchschnitts –

Alter des Kindes	Regelleistung in v.H.	gewichteter Durchschnitt in v.H.
0	6 Jahrgangsstufen à 60%	
1		
2		
3		
4		
5	8 Jahrgangsstufen à 70%	68,89%
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12	4 Jahrgangsstufen à 80%	
13		
14		
15		
16		
17		

3.2 Mehrbedarf

Für typisierte Mehrbedarfe, die nicht von der Regelleistung abgedeckt werden, sieht das SGB II zusätzlich pauschalisierte Leistungen vor – und zwar für

- werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (17% der maßgebenden Regelleistung),
- Alleinerziehende (je nach Zahl und Alter der Kinder 12%, 24%, 36%, 48% oder 60% der maßgebenden Regelleistung),
- erwerbsfähige behinderte Hilfebedürftige, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (SGB IX) erhalten (35% der maßgebenden Regelleistung) und
- Personen, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwendigen Ernährung bedürfen (Mehrbedarf in angemessener Höhe).

Bei der Berechnung der SGB-II-Bedarfe werden im folgenden Mehrbedarf ausschließlich für die Personengruppe der Alleinerziehenden berücksichtigt (Tabelle 3).

Tabelle 3:
Mehrbedarf für Alleinerziehende
– in v.H. der maßgebenden Regelleistung –

Zahl und Alter der Kinder	12%	24%	36%	48%	60%
1 Kind unter 7 Jahre			X		
1 Kind ab 7 Jahre	X				
2 Kinder (zwei unter 16 oder eins unter 7 Jahre)			X		
2 Kinder (übrige Fälle)		X			
3 Kinder			X		
4 Kinder				X	
5 und mehr Kinder					X

Ebenso wie der Regelbedarf für Kinder wird auch die Höhe des Mehrbedarfs bei Alleinerziehenden im folgenden unabhängig vom Kindesalter ermittelt. Für die hier vorgenommene Analyse reduziert diese typisierende Bestimmung des Mehrbedarfs die Anzahl der möglichen Fälle von 12 auf zwei.

Tabelle 4:
Mehrbedarf für Alleinerziehende mit einem Kind
 – Ermittlung des gewichteten Durchschnitts –

Alter des Kindes	Mehrbedarf in v.H.	gewichteter Durchschnitt in v.H.
0	7 Jahrgangsstufen à 36%	21,33%
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7	11 Jahrgangsstufen à 12%	
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		

Für Alleinerziehende mit einem minderjährigen Kind beträgt der Mehrbedarf im gewichteten Durchschnitt demnach 21,33% der maßgebenden Regelleistung (Tabelle 4); maßgebende Regelleistung ist idR die Eck-Regelleistung (volljährige Alleinerziehende).

Tabelle 5:
Mehrbedarf für Alleinerziehende mit zwei Kindern
 – Ermittlung des gewichteten Durchschnitts –

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																	
0	Von insgesamt 324 (18 x 18) möglichen Jahrgangs-Kombinationen entfallen auf ...																																		
1																																			
2																																			
3																																			
4																																			
5																																			
6																																			
7																																			
8																			2 Kinder unter 16 Jahre 16 x 16 = 256 Fälle à 36%																
9																																			
10																																			
11																																			
12																																			
13																																			
14																			gewichteter Durchschnitt : 32,37%																
15																																			
16	1 Kind unter 7 Jahre							übrige Fälle																											
17	2 x 7 = 14 Fälle à 36%							2 x 16 + 2 x 11 = 54 Fälle à 24%																											

Der gewichtete Durchschnitt des Mehrbedarfs für Alleinerziehende mit zwei Kindern greift auf insgesamt 324 mögliche Jahrgangskombinationen zurück und beträgt 32,37% der maßgebenden Regelleistung (Tabelle 5).

3.3 Kosten der Unterkunft

In die Ermittlung des SGB-II-Bedarfs gehen neben dem Regel- und einem evtl. Mehrbedarf auch die Kosten der Unterkunft – Kaltmiete, Heizung, Nebenkosten – ein, soweit diese angemessen sind. Zur Bestimmung der monatlichen KdU greifen die Berechnungen zurück auf die BA-Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Wohn-

und Kostensituation, Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten) für den Monat Februar 2009 (Tabelle 6). Die BA-Daten beinhalten allerdings keine KdU-Angaben für die so genannten Optionskommunen (zugelassene kommunale Träger) und auch keine Angaben für Kreise, in denen die Aufgabenwahrnehmung nach SGB II in getrennter Trägerschaft von Kommune bzw. Kreis und AA erfolgt.

Tabelle 6:
Durchschnittliche Kosten der Unterkunft
 – nach Typ der Bedarfsgemeinschaft in Euro pro Monat –

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Deutschland	West ¹	Ost	Ost in v.H. West
Single	290	304	242	79,6
(Ehe-) Paar ohne Kind	347	369	295	79,9
(Ehe-) Paar mit 1 Kind	456	477	382	80,1
(Ehe-) Paar mit 2 Kindern	526	545	440	80,7
(Ehe-) Paar mit 3 Kindern	590	605	492	81,3
Alleinerziehende mit 1 Kind	405	422	345	81,8
Alleinerziehende mit 2 Kindern	487	502	413	82,3

¹ alte Länder einschl. Berlin

Quelle: BA-Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten, anerkannte lfd. Durchschnittskosten je Bedarfsgemeinschaft, Stand: Februar 2009 – ohne zugelassene kommunale Träger und ohne Kreise mit getrennter Aufgabenwahrnehmung – eigene Berechnungen

Da die durchschnittlichen KdU bei gegebenem Typ der Bedarfsgemeinschaft starke regionale Schwankungen aufweisen, werden neben dem gesamtdeutschen Durchschnitt auch die jeweiligen Durchschnittswerte für die alten Länder (einschl. Berlin) und die neuen Länder ausgewiesen. Je nach Typ der Bedarfsgemeinschaft liegen die durchschnittlichen KdU in den neuen Ländern um 18% bis 20% unter den entsprechenden Beträgen in den alten Ländern.

3.4 Gewichteter monatlicher SGB-II-Bedarf

Unter Berücksichtigung der z.T. gewichteten Durchschnittsermittlung bei den einzelnen Bedarfskomponenten ergeben sich die in Tabelle 7 ausgewiesenen typisierten SGB-II-Bedarfe. Sofern kein anrechenbares Einkommen vorhanden ist, entspricht die ausgewiesene Bedarfssumme der Transferzahlung des Trägers der Grundsicherung an die Bedarfsgemeinschaft. Ist anrechenbares Einkommen vorhanden (bspw. Kindergeld), so stockt die Grundsicherung dieses Einkommen bis zu der ausgewiesenen Bedarfssumme auf.

Ausschließlich bedingt durch die im Schnitt niedrigeren KdU liegt der Gesamtbedarf in den neuen Ländern je nach Typ der Bedarfsgemeinschaft um zwischen sechs bis neun Prozent unter dem entsprechenden Gesamtbedarf in den alten Ländern.

Tabelle 7:
**Durchschnittlicher monatlicher Bedarf im Rahmen der
 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) nach Typ der
 Bedarfsgemeinschaft in Euro/Monat**

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Regel- leistung ¹	Mehrbedarf für Alleiner- ziehende ²	KdU ³	Gesamt- bedarf
Deutschland				
Single	359	/	290	649
(Ehe-) Paar ohne Kind	646	/	347	993
(Ehe-) Paar mit ...				
1 Kind	893	/	456	1.349
2 Kindern	1.140	/	526	1.666
3 Kindern	1.387	/	590	1.977
Alleinerziehende mit 1 Kind	606	76,57	405	1.088
Alleinerziehende mit 2 Kindern	853	116,21	487	1.456
alte Länder einschl. Berlin				
Single	359	/	304	663
(Ehe-) Paar ohne Kind	646	/	369	1.015
(Ehe-) Paar mit ...				
1 Kind	893	/	477	1.370
2 Kindern	1.140	/	545	1.685
3 Kindern	1.387	/	605	1.992
Alleinerziehende mit 1 Kind	606	76,57	422	1.105
Alleinerziehende mit 2 Kindern	853	116,21	502	1.471
neue Länder				
Single	359	/	242	601
(Ehe-) Paar ohne Kind	646	/	295	941
(Ehe-) Paar mit ...				
1 Kind	893	/	382	1.275
2 Kindern	1.140	/	440	1.580
3 Kindern	1.387	/	492	1.879
Alleinerziehende mit 1 Kind	606	76,57	345	1.028
Alleinerziehende mit 2 Kindern	853	116,21	413	1.382

¹ Kinder-Regelleistung: gewichteter Durchschnitt
² gewichteter Durchschnitt
³ anerkannte lfd. Durchschnittskosten nach Größe der Bedarfsgemeinschaft für Februar 2009; eigene Berechnungen nach BA, Wohn- und Kostensituation nach Kreisen, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten

4. Anrechenbares Einkommen

Auf Basis der ermittelten SGB-II-Bedarfe können im folgenden jene Bruttoentgeltschwellen bestimmt werden, mit deren Erreichen keine Hilfebedürftigkeit nach SGB II mehr gegeben ist. Aus dem bedarfsdeckenden Bruttoarbeitsentgelt muss sich demnach unter Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben sowie unter Berücksichtigung des Freibetrages für Erwerbstätige und unter Hinzurechnung von Transferzahlungen wie etwa Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ein anrechenbares Nettoeinkommen ergeben, das mindestens dem SGB-II-Bedarf der Bedarfsgemeinschaft entspricht.

Die folgenden Berechnungen gehen hierbei von nur einem Erwerbseinkommen pro Bedarfsgemeinschaft aus (Alleinverdiener) und unterstellen, dass – abgesehen von den genannten Sozialtransfers – keine weiteren anrechenbaren Einkommen oder Vermögen vorliegen. Die KdU entsprechen denen der jeweils vergleichbaren SGB-II-Bedarfsgemeinschaft. Zum besseren Verständnis der Berechnungen sind zunächst einige Erläuterungen zum Erwerbstätigen-Freibetrag sowie zu den hier berücksichtigten Sozialtransfers angezeigt.

4.1 Arbeitsentgelt und Erwerbstätigenfreibetrag

Vom monatlichen Bruttoarbeitsentgelt sind abzusetzen

- die laufende Lohnsteuer einschließlich Soli sowie
- die Arbeitnehmerbeiträge zu den vier Zweigen der Sozialversicherung⁴.

Bei gegebenem Bruttoentgelt entscheidet die Steuerklasse über das verbleibende Nettoentgelt. Für Paarhaushalte bedeutet dies beispielsweise, dass ein gegebener SGB-II-Bedarf von einem verheirateten Arbeitnehmer (Steuerklasse III) mit einem geringeren Bruttoentgelt gedeckt werden kann als von einem unverheirateten Arbeitnehmer (Steuerklasse I). Mit einem identischen SGB-II-Bedarf können demnach in Paarhaushalten unterschiedliche Bruttoentgeltschwellen korrespondieren.

Von dem nach Abzug von Steuern und Beiträgen verbleibenden Nettoentgelt ist schließlich noch ein Erwerbstätigenfreibetrag absetzbar. Durch das Freibetragsneuregelungsgesetz vom 14. August 2005 wurden die vom Erwerbseinkommen eines SGB-II-Hilfebedürftigen absetzbaren Beträge gegenüber dem bis dahin geltenden Recht erhöht. Die Höhe des Absetzbetrages (Betrag nach § 11 Abs. 2 Satz 2 SGB II plus Betrag nach § 30 SGB II) richtet sich seit Oktober 2005 bei Einkommen aus abhängiger Beschäftigung ausschließlich nach der Höhe des Bruttoarbeitsentgelts sowie danach, ob der Hilfebedürftige mindestens ein minderjähriges Kind hat bzw. mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft lebt. Die maximale Höhe des Freibetrages beläuft sich bei Erwerbstätigen ohne Kinder auf 280 € (bei einem Bruttoentgelt von 1.200 € und mehr) und bei Erwerbstätigen mit mindestens einem Kind auf 310 € monatlich (bei einem monatlichen Bruttoentgelt von 1.500 € und mehr). Das nach Abzug von Steuern, Sozialbeiträgen und Erwerbstätigenfreibetrag verbleibende Nettoentgelt mindert als anrechenbares Einkommen den jeweiligen SGB-II-Bedarf.

Übersicht 1: Erwerbstätigenfreibetrag

§ 11 Abs. 2 Satz 2 SGB II

Bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die erwerbstätig sind, ist an Stelle der Beträge nach Satz 1 Nr. 3 bis 5 ein Betrag von insgesamt 100 Euro monatlich abzusetzen. Beträgt das monatliche Einkommen mehr als 400 Euro, gilt Satz 2 nicht, wenn der erwerbsfähige Hilfebedürftige nachweist, dass die Summe der Beträge nach Satz 1 Nr. 3 bis 5 den Betrag von 100 Euro übersteigt.

§ 30 SGB II

Bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die erwerbstätig sind, ist von dem monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit ein weiterer Betrag abzusetzen. Dieser beläuft sich

1. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 100 Euro übersteigt und nicht mehr als 800 Euro beträgt, auf 20 vom Hundert und
2. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 800 Euro übersteigt und nicht mehr als 1.200 Euro beträgt, auf 10 vom Hundert.

An Stelle des Betrages von 1.200 Euro tritt für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die entweder mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft leben oder die mindestens ein minderjähriges Kind haben, ein Betrag von 1.500 Euro.

© Arbeitnehmerkammer Bremen

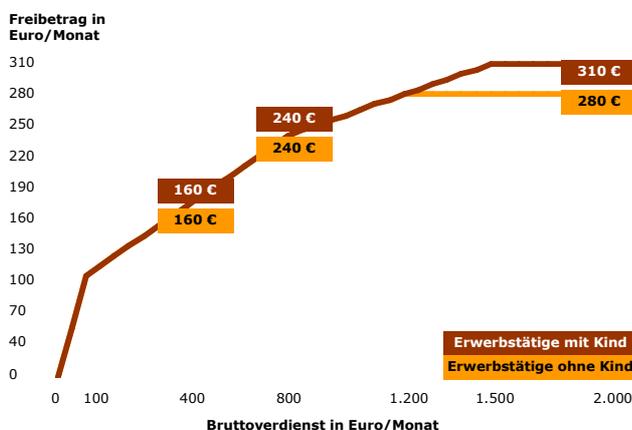
⁴ Beitragssätze zur Sozialversicherung, Stand Juli 2009: RV 19,9%, KV 14,9% (ArbN 7,9%), BA 2,8%, PV 1,95% (Beitragszuschlag für Kinderlose 0,25%)

Arbeit soll sich »lohnen«. Deshalb sieht das SGB II einen Erwerbstätigenfreibetrag vor, der nicht auf den Bedarf angerechnet wird und damit jedem Erwerbstätigen ein verfügbares Einkommen garantiert, das oberhalb seines SGB-II-Bedarfs liegt. Wer arbeitet, hat also stets mehr »in der Tasche« als derjenige, der nicht arbeitet (Abb. 1). Jeder erwerbstätige Hilfebedürftige kann von seinem monatlichen Bruttoarbeitsentgelt zunächst einmal pauschal 100 € für »Werbungskosten« im weiteren Sinne absetzen; beträgt das Bruttoeinkommen mehr als 400 €, kann auch ein höherer Betrag geltend gemacht werden, sofern höhere Aufwendungen anfallen und nachgewiesen werden. Daneben sind von dem Teil des monatlichen Bruttoeinkommens, das 100 € übersteigt und nicht mehr als 800 € beträgt, 20% und von dem Teil des monatlichen Bruttoeinkommens, das 800 € übersteigt und nicht mehr als 1.200 € beträgt (sind Kinder vorhanden, so gilt eine Grenze von 1.500 €), 10% anrechnungsfrei. Für Bruttoeinkommensteile, die oberhalb der Höchstgrenzen liegen (oberhalb von 1.200 € bzw. 1.500 €), gibt es keinen weiteren Freibetrag mehr. Die Wirkung der Steuerklassen auf die (unterschiedliche) Höhe der Bruttoentgeltschwellen für Paarhaushalte (verheiratet bzw. unverheiratet) wird durch diese Konstruktion des Erwerbstätigenfreibetrages noch einmal verstärkt.

Abbildung 01

Freibetrag wegen Erwerbstätigkeit

- §§ 11 (2) S. 2, 30 SGB II -



© Arbeitnehmerkammer Bremen

Obwohl aus dem Bruttoentgelt berechnet handelt es sich beim Erwerbstätigenfreibetrag in der Wirkung um eine Nettogröße, um die das verfügbare Einkommen der Bedarfsgemeinschaft deren SGB-II-Bedarf übersteigt. Eine weitere (deutliche) Erhöhung des anrechnungsfreien Hinzuverdienstes, wie sie gelegentlich gefordert wird, stößt – selbst unter Beibehaltung des gegenwärtigen Fürsorge-niveaus – schnell an finanzielle Grenzen: Jede Erhöhung des Erwerbstätigenfreibetrages erweitert automatisch den Kreis der Alg-II-Berechtigten, weil auch bislang nicht hilfebedürftige Personen (-gruppen) unter den Erwerbstätigen infolge eines höheren Absetzbetrages mit ihrem danach verbleibenden anrechenbaren Einkommen unter die Bedarfsschwelle des SGB II rutschen und damit Anspruch

auf aufstockende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende hätten.

4.2 Sozialtransfers

An Sozialtransfers berücksichtigen die Berechnungen Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag sowie bei Alleinerziehenden die gesetzliche Unterhaltsvorschussleistung.

4.2.1 Wohngeld

Der gleichzeitige Bezug von Wohngeld und Alg II ist nicht möglich, da die Grundsicherung für Arbeitsuchende die (angemessenen) KdU vollumfänglich übernimmt; der Anspruch auf Wohngeld setzt demnach voraus, dass keine Hilfebedürftigkeit nach SGB II (mehr) vorliegt. Die Berechnungen gehen im folgenden davon aus, dass 80% der KdU auf die wohngeldrelevante Miete entfallen.

Bei gegebener Haushaltsgröße hängt die Höhe des Wohngeldes ab von der wohngeldrelevanten Miete sowie der Höhe des Haushaltseinkommens; in den hier untersuchten Fällen ist dies das jeweilige Bruttoarbeitsentgelt. Kindergeld und Kinderzuschlag zählen nicht als Einkommen nach dem WoGG. Um zum wohngeldrelevanten Einkommen zu gelangen, werden vom Bruttoentgelt 1/12 des steuerlichen Arbeitnehmerpauschbetrages (76,67 €) und von dem danach verbleibenden Betrag 20% (Arbeitnehmer ohne lfd. Lohnsteuerabzug) bzw. 30% (Arbeitnehmer mit lfd. Lohnsteuerabzug) abgezogen.

Bei Alleinerziehenden werden pro Kind unter 12 Jahren zusätzlich 50 € vom verbleibenden Bruttoentgelt in Abzug gebracht. Bei der hier vorgenommenen typisierenden Betrachtung wird ein altersunabhängiger gewichteter Durchschnittsbetrag von 33,33 € (bei einem Kind) bzw. 45,61 € (bei zwei Kindern) berücksichtigt. – Andererseits zählen die gesetzlichen Unterhaltsvorschussleistungen abzüglich eines pauschalen Abzugs von 6% zum Einkommen des Haushalts und mindern damit c.p. den Wohngeldanspruch. Entsprechend der typisierenden Vorgehensweise werden zur Ermittlung des wohngeldrelevanten Einkommens bei Alleinerziehenden für die gesetzliche Unterhaltsvorschussleistung gewichtete Durchschnittsbeträge zugrunde gelegt (vgl. 4.2.4)

4.2.2 Kindergeld

Mit dem Familienleistungsgesetz vom 22.12.2008 wurde das Kindergeld ab 2009 erhöht (Tabelle 8). Kindergeld ist im Rahmen des SGB II als Einkommen dem Kind zuzurechnen, soweit es bei dem jeweiligen Kind zur Deckung des Kindesbedarfs benötigt wird; Kindergeld wird im Ergebnis also in voller Höhe mindernd auf den SGB-II-Bedarf des Kindes angerechnet.

Tabelle 8:
Kindergeld
– monatlicher Betrag in Euro –

	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind ¹
Monatliches Kindergeld	164	164	170	195

¹ sowie für jedes weitere Kind

4.2.3 Kinderzuschlag

Eltern haben Anspruch auf den Kinderzuschlag nach § 6a BKG in Höhe von maximal 140 € pro Kind, sofern u.a. folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- durch den Kinderzuschlag wird die Hilfebedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft nach SGB II vermieden und
- das monatliche (Brutto-) Einkommen der Eltern beträgt mindestens 900 € (Alleinerziehende: 600 €).

Keinen Anspruch auf Kinderzuschlag haben Eltern,

- deren monatliches (Brutto-) Einkommen unter 900 € bzw. 600 € liegt,
- deren anrechenbares Einkommen den elterlichen Bedarf um den maximalen (Gesamt-) Kinderzuschlag (idR 140 € je zu berücksichtigendem Kind) übersteigt oder
- bei denen trotz Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nicht vermieden wird⁵.

Zum elterlichen Bedarf im Sinne des § 6a BKG zählen:

- die den Eltern als Alg II bzw. Sozialgeld zustehende Regelleistung und evtl. Leistungen für Mehrbedarfe sowie
- der auf die Eltern entfallende Anteil der (angemessenen) Kosten für Unterkunft und Heizung.

Tabelle 9:

KdU-Anteil der Eltern nach § 6a Abs. 4 BKG

Zahl der Kinder	Alleinerziehende	(Ehe-) Paar
1 Kind	75,90%	83,11%
2 Kinder	61,16%	71,10%
3 Kinder	51,21%	62,12%
4 Kinder	44,05%	55,15%
5 Kinder	38,65%	49,59%

Quelle: Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht), BTDrs 16/11065 v. 21.11.2008, Übersicht 3, S. 6 – eigene Berechnungen

Anders als bei der Feststellung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit nach SGB II, bei der die Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) auf die Köpfe der Bedarfsgemeinschaft gleichverteilt werden, sieht § 6a Abs. 4 Satz 2 BKG eine spezielle Regelung vor, der zu Folge der den Eltern zuzurechnende KdU-Anteil höher ausfällt: Zur Ermittlung des KdU-Anteils der Eltern sind die Kosten für Unterkunft und Heizung in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus den im jeweils letzten Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern festgestellten entsprechenden Kosten für Alleinstehende, Ehepaare und Kinder ergibt. Entsprechend dem Siebenten Existenzminimumbericht⁶ sind im Einzelfall die aus Tabelle 9 zu entnehmenden Elternanteile an den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung bei der Bestimmung des elterlichen Bedarfs gem. § 6a BKG zu berücksichtigen.

⁵ Eine Ausnahme bildet seit Oktober 2008 die so genannte Verzichtsoption (§ 6a Abs. 1 Nr. 4 S. 2 BKG), die gezielt auf eine Politik der Bedarfunterdeckung setzt

⁶ Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht), Unterrichtung durch die Bundesregierung, BTDrs 16/11065 v. 21.11.2008

Übersicht 2:

Kinderzuschlag

§ 6a BKG

(1) Personen erhalten nach diesem Gesetz für in ihrem Haushalt lebende unverheiratete Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, einen Kinderzuschlag, wenn

1. sie für diese Kinder nach diesem Gesetz oder nach dem X. Abschnitt des Einkommensteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von § 4 haben,
2. sie mit Ausnahme des Wohngeldes und des Kindergeldes über Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Höhe von 900 Euro oder, wenn sie alleinerziehend sind, in Höhe von 600 Euro verfügen,
3. sie mit Ausnahme des Wohngeldes über Einkommen oder Vermögen im Sinne der §§ 11 und 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch verfügen, das höchstens dem nach Absatz 4 Satz 1 für sie maßgebenden Betrag zuzüglich dem Gesamtkinderzuschlag nach Absatz 2 entspricht, und
4. durch den Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nach § 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vermieden wird. Wenn kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch beantragt hat oder erhält oder alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft für den Zeitraum, für den Kinderzuschlag beantragt wird, auf die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch verzichten, werden bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vermieden wird, Mehrbedarfe nach § 21 und § 28 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 bis 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht berücksichtigt. In diesem Fall ist § 46 Absatz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch nicht anzuwenden. Der Verzicht kann auch gegenüber der Familienkasse erklärt werden; diese unterrichtet den für den Wohnort des Berechtigten zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende über den Verzicht.

(2) Der Kinderzuschlag beträgt für jedes zu berücksichtigende Kind jeweils bis zu 140 Euro monatlich. Die Summe der Kinderzuschläge bildet den Gesamtkinderzuschlag. Er soll jeweils für sechs Monate bewilligt werden. Kinderzuschlag wird nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. § 28 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt mit der Maßgabe, dass der Antrag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistungen bindend geworden ist, nachzuholen ist.

(3) Der Kinderzuschlag mindert sich um das nach den §§ 11 und 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen des Kindes. Hierbei bleibt das Kindergeld außer Betracht. Ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlags für ein Kind besteht nicht für Zeiträume, in denen zumutbare Anstrengungen unternommen wurden, Einkommen des Kindes zu erzielen.

(4) Der Kinderzuschlag wird, soweit die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht vorliegen, in voller Höhe gezahlt, wenn das nach den §§ 11 und 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen einen Betrag in Höhe des ohne Berücksichtigung von Kindern jeweils maßgebenden Arbeitslosengeldes II nach § 19 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch oder des Sozialgeldes nach § 28 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht übersteigt. Dazu sind die Kosten für Unterkunft und Heizung in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus den im jeweils letzten Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern festgestellten entsprechenden Kosten für Alleinstehende, Ehepaare und Kinder ergibt. Der Kinderzuschlag wird außer in den in Absatz 3 genannten Fällen auch dann stufenweise gemindert, wenn das nach den §§ 11 und 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen den in Satz 1 genannten jeweils maßgebenden Betrag übersteigt. Als elterliches Einkommen oder Vermögen gilt dabei dasjenige des mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebenden alleinerziehenden Elternteils, Ehepartners oder als eingetragene Lebenspartnerin oder in einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammenlebenden Paares. Soweit das zu berücksichtigende elterliche Einkommen nicht nur aus Erwerbseinkünften besteht, ist davon auszugehen, dass die Überschreitung des in Satz 1 genannten jeweils maßgebenden Betrages durch die Erwerbseinkünfte verursacht wird, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile oder des Vermögens für sich genommen diesen maßgebenden Betrag übersteigt. Für je 10 Euro, um die die monatlichen Erwerbseinkünfte den maßgebenden Betrag übersteigen, wird der Kinderzuschlag um 5 Euro monatlich gemindert. Anderses Einkommen sowie Vermögen mindern den Kinderzuschlag in voller Höhe. Kommt die Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kinderzuschlags in Betracht, wird sie beim Gesamtkinderzuschlag vorgenommen.

(4a) Die berechtigte Person erhält für jedes Kind, für das im August des jeweiligen Jahres ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, und das eine allgemein- oder berufsbildende Schule besucht, eine zusätzliche Leistung für die Schule in Höhe des Betrages nach § 24a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. Die Leistung wird nicht erbracht, wenn ein Anspruch des Kindes auf Ausbildungsvergütung besteht. Ein Anspruch nach Satz 1 schließt einen Anspruch nach § 24a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch aus.

(5) Ein Anspruch auf Kinderzuschlag entfällt, wenn der Berechtigte erklärt, ihn für einen bestimmten Zeitraum wegen eines damit verbundenen Verlustes von anderen höheren Ansprüchen nicht geltend machen zu wollen. In diesen Fällen unterrichtet die Familienkasse den für den Wohnort des Berechtigten zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende über die Erklärung. Die Erklärung nach Satz 1 kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Der Kinderzuschlag beträgt für jedes zu berücksichtigende Kind maximal 140 € monatlich. Hat das Kind eigenes Einkommen (z.B. Unterhaltsleistung eines nicht der Bedarfsgemeinschaft angehörnden Elternteils), so wird der höchstmögliche Zuschlag (140 €) um dieses Einkommen gemindert. Im übrigen wird der Kinderzuschlag in voller Höhe gezahlt, solange das anrechenbare Einkommen der Eltern (ohne Wohngeld) den elterlichen Bedarf nicht übersteigt. Liegt das Elterneinkommen höher, so wird der Kinderzuschlag pro 10 €, um die das anrechenbare Einkommen der Eltern den elternspezifischen Bedarf übersteigt, um 5 € gekürzt. Beim Kinderzuschlag handelt es sich um eine gegenüber der Grundsicherung für Arbeitssuchende vorrangige Sozialleistung.

4.2.4 Unterhaltsvorschuss

Als Teilkompensation für den Unterhaltsausfall sieht das Unterhaltsvorschussgesetz zeitlich begrenzte Leistungen für Alleinerziehende vor, die für ihre Kinder vom anderen Elternteil keine, keine ausreichenden oder keine regelmäßigen Unterhaltsleistungen erhalten.

Die Höhe des Unterhaltsvorschlusses richtet sich wie der Unterhalt nach dem für die betreffende Altersstufe festgelegten gesetzlichen Mindestunterhalt. Nach Abzug des für ein erstes Kind zu zahlenden Kindergeldes (164 €) beträgt die gesetzliche Unterhaltsvorschussleistung – unter Abzug evtl. Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils – für ein Kind unter 6 Jahren 117 € monatlich und für ein Kind im Alter von 6 bis unter 12 Jahren 158 € monatlich. Gesetzlicher Unterhaltsvorschuss wird längstens für 72 Monate gezahlt.

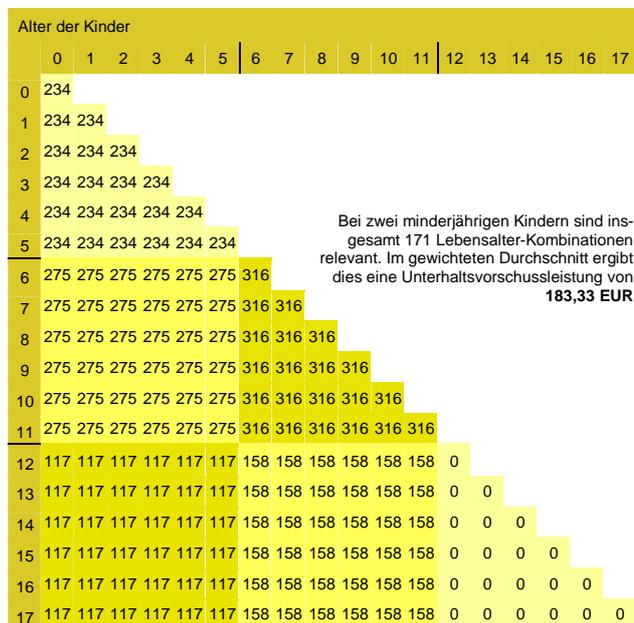
Tabelle 10:
Unterhaltsvorschuss – Alleinerziehende mit einem Kind
 – Ermittlung des gewichteten Durchschnitts –

Alter des Kindes	Unterhaltsvorschuss in EUR	gewichteter Durchschnitt in EUR
0	6 Jahrgangsstufen à 117 EUR	
1		
2		
3		
4		
5		
6	6 Jahrgangsstufen à 158 EUR	91,67 EUR
7		
8		
9		
10		
11		
12	6 Jahrgangsstufen ohne Anspruch auf Unterhaltsvorschuss	
13		
14		
15		
16		
17		

Die Berechnungen gehen von den Regelungen des Unterhaltsvorschussgesetzes aus und unterstellen keine darüber hinaus gehenden Unterhaltsleistungen für das Kind.⁷ Im gewichteten Durchschnitt sind demnach bei Alleinerziehenden mit einem Kind Unterhaltsvorschuss-

leistungen in Höhe von 91,67 € monatlich zu berücksichtigen – bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern beläuft sich der altersunabhängige gewichtete Durchschnittsbetrag auf 183,33 € pro Monat.

Tabelle 11:
Unterhaltsvorschuss – Alleinerziehende mit zwei Kindern
 – Ermittlung des gewichteten Durchschnitts –



Die Unterhaltsvorschussleistung ist Einkommen des Kindes und mindert daher einen evtl. fälligen Kinderzuschlag in voller Höhe (vgl. 4.2.3). Während allerdings der Kinderzuschlag nicht zum wohngeldrelevanten Einkommen zählt, ist dies beim Unterhaltsvorschuss sehr wohl der Fall (vgl. 4.2.1), wodurch der Wohngeldanspruch bei gegebener Mietbelastung geringer ausfällt. Infolge dieses nicht synchronisierten Zusammenspiels von Wohngeld, Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss kann daher die Alleinerziehenden *ohne* Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistung für ihr Kind die Hilfebedürftigkeit ihrer Bedarfsgemeinschaft c.p. bereits mit einem geringeren Bruttoentgelt – also früher – überwinden als die Alleinerziehende *mit* Unterhaltsvorschussleistung.

5. Höhe der bedarfsdeckenden Bruttoarbeitsentgelte

Ausgehend von den gesamtdeutschen Daten bewegt sich die Spanne der bedarfsdeckenden monatlichen Bruttoarbeitsentgelte für die hier untersuchten sieben Haushaltstypen zwischen 1.231 € (Single) und 2.051 € (Paarhaushalt mit einem Kind). Diese Spanne weicht in den alten Ländern um bis zu knapp 6% nach oben und in den neuen Ländern um bis zu knapp 12% nach unten ab (Tabelle 12). Im Vergleich mit den alten Ländern liegt das Schwellen-Brutto in den neuen Ländern um zwischen knapp sechs und gut 14 Prozent niedriger; die Spanne fällt damit etwas größer aus als bei den regionalen Gesamtbedarfen mit zwischen sechs bis neun Prozent (vgl. 3.4).

⁷ Auch von Unterhaltsleistungen für den alleinerziehenden Elternteil wird abgesehen

Tabelle 12:
Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte
 – nach Typ der Bedarfsgemeinschaft in Euro pro Monat –

Typ des Haushalts	B	N	E-FB	anrechenbares Einkommen					Σ
				an N	Wog	Kig	KiZ	UnV	
Deutschland									
Single	1.231	929	280	649	0	/	/	/	649
Ehepaar ohne Kind	1.601	1.273	280	993	0	/	/	/	993
Ehepaar mit 1 Kind ¹	1.740	1.388	310	1.078	57	164	115 ²	/	1.414
Ehepaar mit 2 Kindern	1.469	1.172	307	865	193	328	280	/	1.666
Ehepaar mit 3 Kindern	1.310	1.045	291	754	305	498	420	/	1.977
Paar ohne Kind	1.887	1.273	280	993	0	/	/	/	993
Paar mit 1 Kind	2.051	1.370	310	1.060	0	164	125 ²	/	1.349
Paar mit 2 Kindern	1.682	1.178	310	868	190	328	280	/	1.666
Paar mit 3 Kindern	1.451	1.053	305	748	311	498	420	/	1.977
Allein-Erz. mit 1 Kind	1.350	1.024	295	729	54	164	48	92	1.088
Allein-Erz. mit 2 Kindern	1.345	1.022	295	727	121	328	97	183	1.456
alte Länder einschl. Berlin									
Single	1.255	943	280	663	0	/	/	/	663
Ehepaar ohne Kind	1.628	1.295	280	1.015	0	/	/	/	1.015
Ehepaar mit 1 Kind ¹	1.740	1.388	310	1.078	61	164	125 ²	/	1.428
Ehepaar mit 2 Kindern	1.496	1.193	310	884	193	328	240	/	1.685
Ehepaar mit 3 Kindern	1.330	1.061	293	768	306	498	420	/	1.992
Paar ohne Kind	1.930	1.295	280	1.015	0	/	/	/	1.015
Paar mit 1 Kind	2.101	1.396	310	1.086	0	164	120 ²	/	1.370
Paar mit 2 Kindern	1.722	1.200	310	890	187	328	280	/	1.685
Paar mit 3 Kindern	1.494	1.075	309	765	309	498	420	/	1.992
Allein-Erz. mit 1 Kind ³	1.425	1.065	303	763	38	164	48	92	1.105
Allein-Erz. mit 2 Kindern ³	1.391	1.047	299	748	115	328	97	183	1.471
neue Länder									
Single	1.143	876	274	601	0	/	/	/	601
Ehepaar ohne Kind	1.535	1.221	280	941	0	/	/	/	941
Ehepaar mit 1 Kind	1.583	1.263	310	953	18	164	140	/	1.275
Ehepaar mit 2 Kindern	1.379	1.100	298	802	170	328	280	/	1.580
Ehepaar mit 3 Kindern	1.228	980	283	697	264	498	420	/	1.879
Paar ohne Kind	1.788	1.221	280	941	0	/	/	/	941
Paar mit 1 Kind	1.883	1.286	310	976	0	164	135 ²	/	1.275
Paar mit 2 Kindern	1.558	1.109	310	799	173	328	280	/	1.580
Paar mit 3 Kindern	1.293	968	289	679	282	498	420	/	1.879
Allein-Erz. mit 1 Kind	1.206	937	281	657	67	164	48	92	1.028
Allein-Erz. mit 2 Kindern	1.188	926	279	647	127	328	97	183	1.382

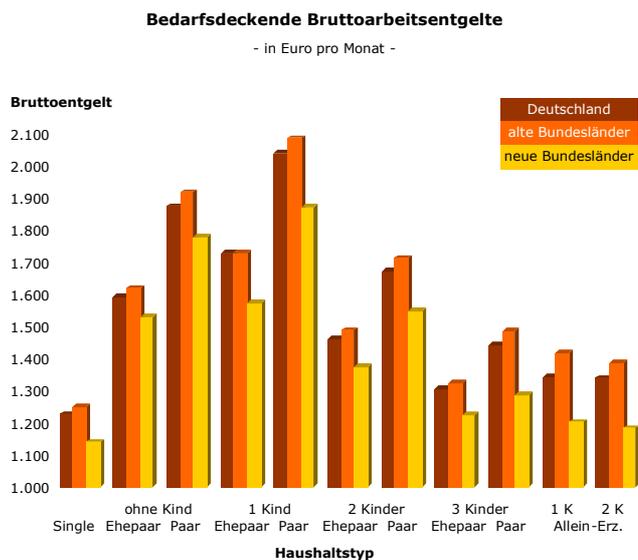
¹ Hilfebedürftigkeit kann zusammen mit Wohngeld überwunden werden; ein Wog-Anspruch besteht aber erst mit einsetzender Besteuerung des Arbeitsentgelts (StKI III: 1.740 €), so dass das anrechenbare Einkommen bei Erreichen des Schwellen-Brutto nicht identisch ist mit dem Bedarf nach SGB II.
² Mit Erreichen des Schwellen-Brutto liegt das anrechenbare Einkommen der Eltern oberhalb des elterlichen Bedarfs gem. § 6a BKGG, so dass der Kinderzuschlag nicht in voller Höhe gewährt wird.
³ Eine durchgehende Vermeidung von Hilfebedürftigkeit ist mit Erreichen des Schwellen-Brutto noch nicht gewährleistet, da mit steigendem Brutto Kinderzuschlag und Wohngeld in Stufen gekürzt werden; die finanzielle Lage bleibt bis zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit auch ohne die beiden Transferleistungen (bei einem Kind: knapp 1.600 € Brutto) prekär.
 Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.
 Abkürzungen: B = Bruttoentgelt, N = Nettoentgelt, E-FB = Erwerbstätigenfreibetrag, an N = anrechenbares Nettoentgelt, Wog = Wohngeld, Kig = Kindergeld, KiZ = Kinderzuschlag, UnV = Unterhaltsvorschussleistung, Σ = anrechenbares Einkommen insgesamt

Während die Bedarfssumme mit der Größe der Bedarfsgemeinschaft stetig steigt, ist ein solcher Zusammenhang zwischen Größe der Bedarfsgemeinschaft und bedarfsdeckenden Bruttoentgelten nicht gegeben; in Haushalten mit Kindern sind im Gegenteil mit steigender Haushaltsgröße sogar sinkende Bruttoentgeltschwellen auszumachen (Abb. 2). Die Relation von Schwellen-Brutto zum Gesamtbedarf nimmt mit steigender Haushaltsgröße durchgehend ab. Während Single-Haushalte und kinderlose unverheiratete Paare zur Bedarfsdeckung ein Bruttoentgelt in Höhe des 1,9-Fachen ihres Bedarfs erzielen müssen (Abb. 3), reicht bei einem Ehepaar mit drei

Kindern ein Bruttoentgelt in Höhe von 2/3 des Bedarfs zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit aus.

Unter allen betrachteten Haushaltstypen liegt die Hürde für (Ehe-) Paare mit einem Kind am höchsten; zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit mittels Erwerbsarbeit müssen sie unter allen vergleichbaren Haushaltstypen das höchste Bruttoentgelt erzielen (Abb. 2). Verglichen damit (100%) liegt das bundesweite Schwellen-Brutto für Ehepaare mit zwei Kindern bei nur rd. 85% (unverheiratete Paare 82%) und bei Ehepaaren mit drei Kindern bei 75% (unverheiratete Paare 71%). Wo liegen nun die Hauptursachen für die teilweise erstaunlich hohen Schwellenwerte?

Abbildung 02

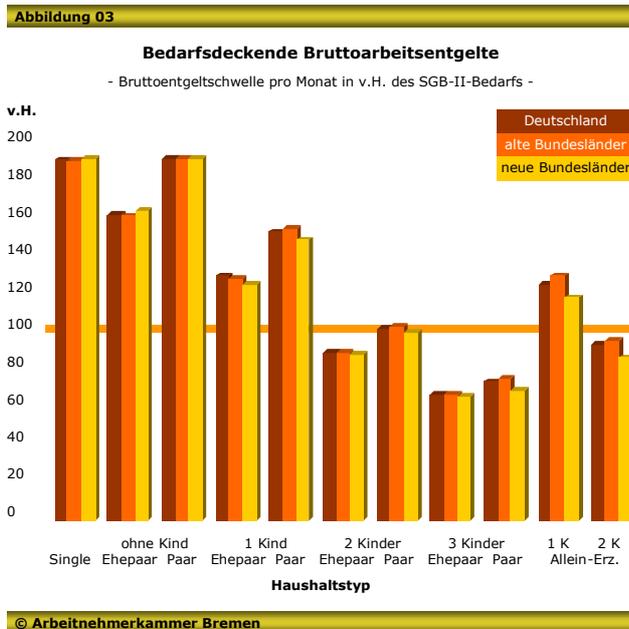


© Arbeitnehmerkammer Bremen

Bei Haushalten ohne Kinder fallen naturgemäß keinerlei kindbezogene Transferleistungen an; neben dem Arbeitsentgelt käme somit ausschließlich Wohngeld als zusätzliche Transfereinkommensquelle in Betracht. Hier aber zeigt sich ein Grundproblem des Steuer-Transfer-Systems. Bereits (lange) bevor diese Haushalte das maßgebende Schwellen-Brutto zur Überwindung der SGB-II-Hilfebedürftigkeit erreichen scheiden sie aus der (hypothetischen) Wohngeldberechtigung aus, da ihr Bruttoentgelt bei gegebener Mietbelastung zu hoch ausfällt. Bei Alleinstehenden und unverheirateten Paaren (StKI I) wird zudem bereits (weit) vor Erreichen des Schwellen-Brutto Lohnsteuer fällig⁸.

⁸ Bei Steuerklasse I setzt der lfd. Lohnsteuerabzug ab einem monatlichen Bruttoentgelt von 915 € ein. Mit Erreichen der Bruttoschwellen fallen 50 € (Single) bzw. 227 € (unverheiratetes Paar) an monatlicher Lohnsteuer einschl. Soli an. – Zur Bestimmung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums greift der Existenzminimumbericht der Bundesregierung hinsichtlich der KdU (ohne Heizkosten) auf die Ergebnisse der Wohngeldstatistik zurück (vgl. zuletzt BTDrS 16/11065 S. 3). Nichterwerbspersonen (56%, darunter 47% Rentner) und Arbeitslose (7%) stellten Ende 2007 fast 2/3 aller Empfängerhaushalte von Wohngeld; zu den Empfängerhaushalten von allgemeinem Wohngeld zählten lediglich 315.000 1-Personen-Haushalte (knapp 81.000 2-Personen-Haushalte). Für den gleichen Zeitpunkt weist dagegen die SGB-II-Statistik der BA knapp 1,9 Mio. Bedarfsgemeinschaften mit einer Person (gut 791.000 Bedarfsgemeinschaften mit zwei Personen) aus. Wenn aber infolge der rechtlichen Abgrenzung seit 2005 nur noch ein verschwindend geringer Teil der einkommens-

Diese mangelnde Abstimmung innerhalb des Steuer-Transfer-Systems ist auch noch in Paarhaushalten mit einem Kind spürbar. Unverheiratete Paare haben bei Überwindung der Hilfebedürftigkeit keinen Wohngeldanspruch mehr und auch der Kinderzuschlag unterliegt bereits der Kürzung, da das anrechenbare Einkommen der Eltern den elterlichen Bedarf überschreitet. Bei Ehepaaren (StKI III) mit einem Kind muss das Schwellen-Brutto (Ausnahme: neue Länder) dem lfd. Lohnsteuerabzug unterliegen⁹, um überhaupt einen Wohngeldanspruch zu generieren¹⁰.



Mit steigender Haushaltsgröße und damit zunehmender Bedeutung kindbezogener Transfers für das Haushaltseinkommen sinken die Bruttoentgeltschwellen deutlich. Infolge dessen kann auch das Wohngeld in Mehrkinderfamilien einen merklichen Beitrag zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit mittels Erwerbsarbeit leisten.

6. Bedarfsniveau, Bruttoschwellen und Mindestlohn

Die Höhe der bedarfsdeckenden Bruttoentgelte beeinflusst auch die Auseinandersetzung um die erforderliche Höhe eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns. »Der Mensch muss von seiner Arbeit leben können« – dieser Anspruch dominiert die deutsche Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn. Eine mögliche Variante der Operationalisierung dieses Anspruchs unter hiesigen Verhältnissen könnte demnach lauten: Der gesetzliche Mindestlohn muss gewährleisten, dass *Alleinstehende* mit einem Arbeitsentgelt aus vollzeitnaher Beschäftigung un-

schwachen Bevölkerung überhaupt Wohngeld erhalten kann und kinderlose Erwerbstätige eher im SGB II als in der Wohngeldberechtigung landen, so wirft dies die Frage auf, ob bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums bezüglich der Höhe der Unterkunftskosten weiterhin auf den überwiegend aus Nichterwerbspersonen zusammengesetzten Personenkreis der Wohngeldempfänger zurück gegriffen werden kann.

⁹ In Lohnsteuerklasse III beginnt der lfd. Lohnsteuerabzug ab einem monatlichen Bruttoentgelt von 1.740 €

¹⁰ Mit einsetzender Besteuerung steigt der pauschale Abzug vom Brutto von 20% auf 30% und senkt somit das wohngeldrelevante Einkommen

abhängig von aufstockenden Leistungen nach SGB II leben können. Die Höhe des Mindestlohns sollte folglich bei typisierender Betrachtung die Anspruchsberechtigung auf ergänzende »Hartz-IV«-Leistungen ausschließen und somit Hilfebedürftigkeit nach geltendem Recht vermeiden.

Tabelle 13:
Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte

– nach Typ der Bedarfsgemeinschaft in Euro pro Stunde –

Typ des Haushalts	Wochenarbeitszeit		
	35 Std	38,5 Std	40 Std
Deutschland			
Single	8,15	7,37	7,12
Ehepaar ohne Kind	10,60	9,59	9,25
Ehepaar mit 1 Kind	11,52	10,42	10,06
Ehepaar mit 2 Kindern	9,73	8,80	8,49
Ehepaar mit 3 Kindern	8,68	7,84	7,57
Paar ohne Kind	12,50	11,30	10,91
Paar mit 1 Kind	13,58	12,28	11,86
Paar mit 2 Kindern	11,14	10,07	9,72
Paar mit 3 Kindern	9,61	8,69	8,39
Alleinerziehende mit 1 Kind	8,94	8,08	7,80
Alleinerziehende mit 2 Kindern	8,91	8,05	7,77
alte Länder einschl. Berlin			
Single	8,31	7,51	7,25
Ehepaar ohne Kind	10,78	9,75	9,41
Ehepaar mit 1 Kind	11,52	10,42	10,06
Ehepaar mit 2 Kindern	9,91	8,96	8,65
Ehepaar mit 3 Kindern	8,81	7,96	7,69
Paar ohne Kind	12,78	11,56	11,16
Paar mit 1 Kind	13,91	12,58	12,14
Paar mit 2 Kindern	11,40	10,31	9,95
Paar mit 3 Kindern	9,89	8,95	8,64
Alleinerziehende mit 1 Kind	9,44	8,53	8,24
Alleinerziehende mit 2 Kindern	9,21	8,33	8,04
neue Länder			
Single	7,57	6,84	6,61
Ehepaar ohne Kind	10,17	9,19	8,87
Ehepaar mit 1 Kind	10,48	9,48	9,15
Ehepaar mit 2 Kindern	9,13	8,26	7,97
Ehepaar mit 3 Kindern	8,13	7,35	7,10
Paar ohne Kind	11,84	10,71	10,34
Paar mit 1 Kind	12,47	11,28	10,88
Paar mit 2 Kindern	10,32	9,33	9,01
Paar mit 3 Kindern	8,56	7,74	7,47
Alleinerziehende mit 1 Kind	7,99	7,22	6,97
Alleinerziehende mit 2 Kindern	7,87	7,11	6,87

Bemisst man die wöchentliche Arbeitszeit einer vollzeitnahen Beschäftigung mit mindestens 35 Stunden, so müsste den vorliegenden Daten zufolge ein einheitlicher gesamtdeutscher Mindestlohn bei 8,15 € pro Stunde liegen (Tabelle 13). Eine generelle Referenzierung der Mindestlohnhöhe mit der Bruttoentgeltschwelle für den typisierten erwerbstätigen Single würde allerdings Unwägbarkeiten und Gefahren in sich bergen, die bedacht werden sollten:

- Der Rückgriff auf (bundes-) durchschnittliche Kosten der Unterkunft bedeutet auf der einen Seite Bedarfsunterdeckung in den Metropolen und metropolnahen Regionen und auf der anderen Seite eine über dem Bedarf liegende Mindestlohnhöhe in metropolferneren Regio-

nen. Andererseits schließt die notwendige Einheitlichkeit eines gesetzlichen Mindestlohns regionale Differenzierungen der Höhe nach – auch zwischen Ost und West – aus. Unabhängig von diesem unvermeidbaren Effekt bei Heranziehung von Durchschnittswerten stellt sich allerdings die grundsätzliche Frage, inwieweit es angezeigt ist, bei der Bedarfsermittlung zur Bestimmung des Mindestlohns auf die *anerkannten* lfd. Durchschnitts-KdU im jeweiligen SGB-II-Bestand zurückzugreifen und ob nicht evtl. eine andere Datenbasis – etwa ein (bereinigter?) Durchschnitt aller Einpersonenhaushalte – zur Ermittlung der durchschnittlichen KdU von Single-Haushalten herangezogen werden sollte.

- Die Bruttoentgeltschwellen sind politisch variabel, da sie maßgeblich von der Abgabenhöhe beeinflusst werden, so dass Änderungen im Steuer- und Beitragsrecht nicht unerhebliche Auswirkungen (Schwankungen) auf die erforderliche Mindestlohnhöhe im Zeitablauf haben können. Und sie sind abhängig von der Ausgestaltung des Transfersystems – für Haushalte ohne Kinder von den Voraussetzungen für einen Wohngeldanspruch. In der politischen Debatte kursieren zudem Vorschläge zu einer noch stärkeren Subventionierung von Niedriglöhnen – »Bonus für Arbeit« (SPD) oder »Progressiv-Modell« (BÜNDNIS 90/Die Grünen, vgl. Tabelle 14)¹¹ – deren Umsetzung c.p. zu einer (deutlichen) Senkung der Bruttoentgeltschwellen führen würde. Eine damit korrespondierende gesetzliche Mindestlohnhöhe fiel folglich entsprechend niedriger aus.
- Die Höhe des Schwellen-Brutto wird maßgeblich mitbestimmt durch die jeweiligen Regelungen zum anrechnungsfreien Hinzuverdienst für erwerbstätige Hilfebedürftige (vgl. 4.1). Die dem »Bonus für Arbeit« zugrunde liegende Konzeption¹² sah seinerzeit im Ergebnis eine drastische Begrenzung des maximalen Hinzuverdienstes im Rahmen des SGB II vor. Auch Union und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für eine Neuregelung der Hinzuverdienstregelung, allerdings mit unterschiedlicher Intention, aus.
- Schließlich bliebe auch die Ausdehnung einer Politik der gezielten Bedarfsunterdeckung, wie sie seit Oktober 2008 im Rahmen des Kinderzuschlags (Verzichts-Option – auch als »Wahlrecht« zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld einerseits und »Hartz-IV«-Leistungen andererseits bezeichnet) praktiziert wird, nicht ohne Konsequenzen für eine ausschließlich auf die Vermeidung des SGB-II-Bezugs abhebende Mindestlohnhöhe. Während die Verzichts-Option heute nur für

Haushalte mit Kindern von Relevanz ist, die einen Mehrbedarf geltend machen könn(t)en (in der Praxis v. a. Alleinerziehende), deutet bspw. die Formulierung im SPD-Wahlprogramm auf die Ausdehnung in Richtung auf eine generelle Verzichtsmöglichkeit hin.¹³

Das durchschnittliche Schwellen-Brutto für Alleinstehende kann daher die erforderliche Höhe eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns nicht abschließend begründen. Die Bruttoschwelle markiert allerdings die Untergrenze für einen solchen Mindestlohn, da ansonsten Hilfebedürftigkeit bei typisierender Betrachtung nicht zu vermeiden wäre. Ausgehend vom gegenwärtigen Recht läge die untere Grenze für die Höhe eines ergänzenden Fürsorgeleistungen typischerweise ausschließenden bundes-einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns bei 8,15 € pro Stunde.

7. Erhöhung der Regelleistung und Mindestlohnhöhe

Während Union und SPD derzeit keine über den geltenden Anpassungsmechanismus hinausgehende Erhöhung der Regelleistung nach SGB II bzw. des Regelsatzes nach SGB XII anstreben, finden sich in den Wahlprogrammen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE dezidierte Forderungen nach einer Erhöhung auf monatlich 420 € (»sofort« und »auf zunächst«) bzw. 500 € (»in der nächsten Wahlperiode«).¹⁴ Beide Parteien fordern zudem einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 € (B 90/DIE GRÜNEN) bzw. 10 € in der nächsten Wahlperiode (DIE LINKE).

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat darüber hinaus eine Änderung der Hinzuverdienstregelung im Blick und strebt mit dem bereits 2006 entwickelten Progressiv-Modell eine (noch) stärkere flächendeckende Subventionierung von niedrigen Arbeitsentgelten an. Hiernach sollen unter Wegfall der heutigen Mini- und Midi-Job-Regelungen die Sozialabgabensätze der Arbeitnehmer und Arbeitgeber für Arbeitsentgelte unterhalb von monatlich 2.000 € stufenlos und linear auf den vollen Satz steigen¹⁵; zur Subventionierung der Sozialabgabensenkung ist eine Steuernfinanzierung vorgesehen. Für sich alleine führt das Progressiv-Modell infolge der Abgabensenkung nach heutigen Werten zu einer deutlichen Senkung des Schwellen-Brutto (Tabelle 14 Ziff. 2).

Zusammen mit der Erhöhung des »Hartz-IV«-Satzes und einer reformierten und recht opulenten Hinzuverdienstregelung¹⁶ stiege diese Schwelle jedoch wieder deutlich

¹¹ Vgl. SPD, Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland, Das Regierungsprogramm der SPD, Ziff. II. 3, Gerechte Löhne und Einkommen, S. 33 sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagswahlprogramm 2009, Ziff. 1, Gute Arbeit und faire Löhne – Gerechtigkeit und Nachfrage stärken, S. 37. Demgegenüber spricht sich die Union explizit gegen einen einheitlichen Mindestlohn und für Mindesteinkommen (»Kombilohn«) aus – vgl. CDU/CSU, Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009 – 2013, Ziff. B. I. 1.5, Sozial ist, was Arbeit schafft, S. 20

¹² Vgl. Bofinger/Dietz/Genders/Walwei, Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2006.

¹³ »Wir wollen ein Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite schaffen.«, a.a.O. S. 33

¹⁴ Vgl. B 90/DIE GRÜNEN a.a.O. S. 86 sowie DIE LINKE, Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden, Bundestagswahlprogramm 2009, S. 25

¹⁵ Vgl. Progressiv-Modell statt Kombilohn, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BTDRs 16/446 v. 24.01.2006

¹⁶ Neben den 100 €, die gegenwärtig frei von der Anrechnung sind, soll jeder darüber hinaus verdiente Euro mit mindestens 50 Cents bis zu einer Höhe von 400 Euro bei den erwerbstätigen Hilfebedürftigen verbleiben. Der anrechnungsfreie Maximalbetrag (heute 280 € bzw. 310 €) von 400 € würde folglich bei einem monatlichen Bruttoentgelt von 700 € erreicht (anrechnungsfreier Sockelbetrag von 100 € sowie 50% des darüber hinaus gehenden Verdienstes: 100 € + 600 € x 50% = 400 €). Der maximale Er-

an (Tabelle 14 Ziff. 3) und läge am Ende oberhalb der heutigen Werte. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 € pro Stunde wäre hiernach für den vollzeitnah beschäftigten Single ein Leben jenseits von SGB-II-Hilfebedürftigkeit jedenfalls nicht möglich; zwischen Schwellen-Brutto und geforderter Mindestlohnhöhe klafft eine deutliche Lücke. – Anders DIE LINKE, hier sind auf der programmatischen Ebene die geforderte Regelleistungshöhe und der anvisierter Mindestlohn weitgehend miteinander kompatibel.

Tabelle 14:
Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte
– für eine(n) Alleinstehende(n) in Euro pro Monat bzw. Euro pro Stunde –

Region	€/Monat	€/Stunde bei einer ... Std-Woche		
		35 Std	38,5 Std	40 Std
1. Nach geltendem Recht¹				
Deutschland	1.231	8,15	7,37	7,12
alte Länder einschl. Berlin	1.255	8,31	7,51	7,25
neue Länder	1.143	7,57	6,84	6,61
2. B `90/DIE GRÜNEN Progressiv-Modell²				
Deutschland	921 ³	6,10	5,51	5,32
alte Länder einschl. Berlin	938	6,21	5,62	5,42
neue Länder	921 ³	6,10	5,51	5,32
3. B `90/DIE GRÜNEN Bundestagswahlprogramm⁴				
Deutschland	1.408	9,32	8,43	8,14
alte Länder einschl. Berlin	1.445	9,57	8,65	8,35
neue Länder	1.300	8,61	7,78	7,51
4. DIE LINKE Bundestagswahlprogramm⁵				
Deutschland	1.505	9,97	9,01	8,70
alte Länder einschl. Berlin	1.532	10,15	9,17	8,86
neue Länder	1.402	9,28	8,40	8,10

¹ vgl. Tabellen 12 und 13
² BTDr 16/446 v. 24.01.2006
³ Die einsetzende Besteuerung ist in diesen Fällen Voraussetzung für einen Wog-Anspruch
⁴ bei einer monatlichen Regelleistung von 420 €, geänderter Hinzuverdienstregelung und Progressiv-Modell
⁵ bei einer monatlichen Regelleistung von 500 €

Zudem würde beispielsweise die im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE geforderte Nichtanrechnung des Kindergeldes auf den SGB-II-Bedarf¹⁷ zusammen mit einer auf 500 € erhöhten Regelleistung und ansonsten heutigem Recht¹⁸ das Schwellen-Brutto in Haushalten mit Kindern in schwindelerregende Höhen treiben (Tabelle 15), weil Hilfebedürftigkeit im Ergebnis ausschließlich mit dem Nettoentgelt – also ohne Wohngeld, (anrechnungsfreies) Kindergeld und Kinderzuschlag – überwunden werden müsste¹⁹; Erwerbstätigenhaushalte mit Kindern hätten somit am Ende fast durchgehend Anspruch auf aufstockende »Hartz-IV«-Leistungen. Der Aufruf: »Weg mit Hartz IV« erschiene in einem völlig neuen Licht und auch die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 € pro Stunde verlöre vor dem Hintergrund der zur Bedarfsdeckung erforderlichen Höhe der Stunden-Entgelte viel von ihrem emanzipatorischen Glanz. Ohne entsprechende Reformen beim Wohngeld wie auch beim Kinderzuschlag, die darauf ausgerichtet sein müssen, die Bruttoschwellen

erwerbstätigenfreibetrag wäre somit bereits weit vor Erreichen des die Hilfebedürftigkeit vermeidenden Bruttoentgelts ausgeschöpft.

¹⁷ Vgl. DIE LINKE a.a.O. S. 25
¹⁸ Sowie den in Tabelle 6 ausgewiesenen durchschnittlichen KdU – eine Annahme, die sich bei einer drastischen Ausweitung des SGB-II-Berechtigtenkreises allerdings kaum aufrecht erhalten ließe
¹⁹ Lediglich der Anspruch Alleinerziehender auf Unterhaltsvorschussleistungen bliebe unberührt

zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit merklich zu senken²⁰, dürfte eine so deutliche Erhöhung der Regelleistung – unabhängig von der obligatorischen Finanzierungsfrage – politisch allerdings schwer kommunizierbar bleiben. Wenn selbst ein Durchschnittsentgelt²¹ bei Mehrpersonen-Haushalten nicht mehr garantieren kann, den auf diese Weise erhöhten SGB-II-Bedarf zu decken, erledigt sich jede politische Debatte um die anvisierten Regelsatzhöhen von selbst.

Tabelle 15:
Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte bei einer Eck-Regelleistung von 500 € und Nichtanrechnung des Kindergeldes auf den SGB-II-Bedarf

– Haushalte mit Kindern in Euro pro Monat bzw. Euro pro Stunde –

Haushaltstyp	SGB-II-Bedarf €/Monat	€/Monat	Bruttoentgeltschwelle		
			€/Stunde bei einer ... Std-Woche		
			35 Std	38,5 Std	40 Std
Ehepaar mit 1 Kind	1.700	2.753	18,23	16,49	15,91
Ehepaar mit 2 Kindern	2.115	3.527	23,36	21,12	20,39
Ehepaar mit 3 Kindern	2.523	4.207	27,86	25,19	24,32
Paar mit 1 Kind	1.700	3.379	22,38	20,23	19,53
Paar mit 2 Kindern	2.115	4.221	27,95	25,28	24,40
Paar mit 3 Kindern	2.523	5.067	33,56	30,34	29,29
Allein-Erz. mit 1 Kind	1.356	2.386	15,80	14,29	13,79
Allein-Erz. mit 2 Kindern	1.838	3.175	21,03	19,01	18,35

8. Schlussfolgerungen

Mit zunehmender Größe des Haushalts steigt die Bedarfs-summe im Rahmen der Grundsicherung für Arbeit-suchende. Um Hilfebedürftigkeit mittels abhängiger Er-werbsarbeit auszuschließen (Alleinvertodiener), ist im Einzelfall die Erzielung eines bestimmten Bruttoentgelts erforderlich (Schwellen-Brutto). Unter allen Haushaltstypen erreicht diese Bruttoentgeltschwelle bei (Ehe-) Paaren mit einem Kind ihren höchsten Absolutwert. In Relation zum Bedarf sinkt der Anteil des erforderlichen Bruttoentgelts demgegenüber mit steigender Haushalts-größe sehr deutlich. Dieser Befund gründet vor allem auf der zunehmenden strukturellen Bedeutung vorgelagerter Sozialtransfers für die Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei größeren Haushalten.

Tabelle 16:
Indexierter Bedarf und Schwellen-Brutto in Prozent des Bedarfs
– Deutschland –

Haushaltstyp / Haushaltsgröße	Index SGB-II-Bedarf Single = 100	Schwellen-Brutto in v.H. des Bedarfs
1-P-HH Single	100	190
2-P-HH Ehepaar ohne Kind	153	161
2-P-HH Alleinerziehende mit 1 Kind	168	124
3-P-HH Ehepaar mit 1 Kind	208	129
3-P-HH Alleinerziehende mit 2 Kindern	224	92
4-P-HH Ehepaar mit 2 Kindern	257	88
5-P-HH Ehepaar mit 3 Kindern	305	66

²⁰ Vgl. zu einem entsprechenden Vorschlag der Arbeitnehmerkammer Bremen: J. Steffen, Überwindung der Hartz-IV-Abhängigkeit von Kindern und deren Eltern, vervielf. Manuskript, Bremen, Oktober 2007.

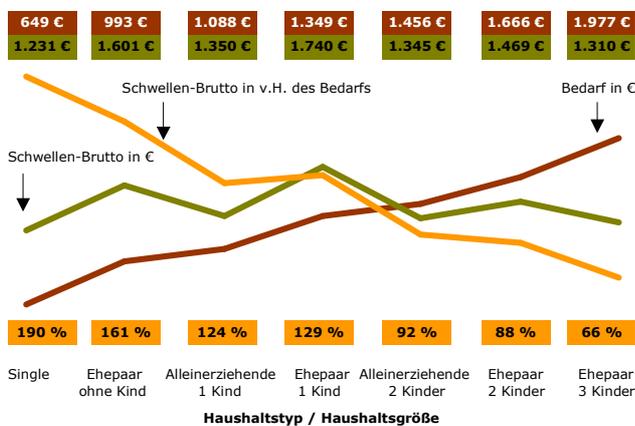
²¹ 2008 belief sich die Höhe der (VGR-) Bruttoentgelte und -gehälter je Arbeitnehmer auf monatlich 2.313 €.

Die Analyse der Bruttoentgeltschwellen macht allerdings auch Defizite deutlich: Für unverheiratete Paare mit Kind(ern) liegt der Schwellenwert um bis zu 20% höher als bei vergleichbaren verheirateten Paaren; ursächlich hierfür ist die höhere Besteuerung in Steuerklasse I gegenüber Steuerklasse III. Um ein bestimmtes Nettoentgelt zu erzielen, ist in StKl I ein deutlich höherer Bruttobetrag erforderlich. Erwerbstätigenhaushalte ohne Kind sowie unverheiratete Paare mit einem Kind landen infolge der vergleichsweise hohen Bruttoschwellen zudem eher im »Hartz-IV«-Bezug als in der Wohngeldberechtigung. Wohngeld dürfte für diese Haushaltstypen bei der Überwindung der Hilfebedürftigkeit somit kaum eine Rolle spielen.

Abbildung 04

Bedarf, Schwellen-Brutto sowie Schwellen-Brutto in v.H. des Bedarfs

- Deutschland -



© Arbeitnehmerkammer Bremen

Um das Schwellen-Brutto für Erwerbstätigenhaushalte mit Kindern zu senken und damit die Chancen zur Überwindung der »Hartz-IV«-Abhängigkeit im Wege der Erwerbstätigkeit nachhaltig zu erhöhen, sind ergänzende Regelungen im Wohngeldgesetz, eine Anhebung des Maximalbetrages beim Kinderzuschlag, dessen Staffelung nach dem Alter der Kinder sowie bei Alleinerziehenden eine bessere Abstimmung zwischen Kinderzuschlag, Unterhaltsleistungen und Wohngeld erforderlich.

Mit dem Ziel, dem Wohngeld eine größere Bedeutung bei der Vermeidung von Hilfebedürftigkeit zukommen zu lassen, sieht das 2007 entwickelte Reformmodell der Arbeitnehmerkammer Bremen (Übersicht 3) durchgehend einen 30%-igen Abzug vom Erwerbseinkommen vor, sofern das wohngeldrelevante Haushaltseinkommen überwiegend aus mehr als geringfügiger Beschäftigung oder Tätigkeit resultiert; hierdurch fällt der Wohngeldanspruch im Einzelfall c.p. höher aus. Um Chancengleichheit zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren hinsichtlich der Überwindung von Hilfebedürftigkeit herzustellen, ist im Rahmen des Wohngeldgesetzes zudem ein Mietzuschlag vorgesehen. Seine maximale Höhe richtet sich nach der fälligen Lohnsteuer einschl. Soli. Geleistet wird ein Mietzuschlag, sofern und solange dieser – unter Berücksichtigung eines evtl. Kinderzuschlags – zur Über-

windung der Hilfebedürftigkeit nach SGB II erforderlich ist. Dadurch wäre bei vergleichbaren Haushaltstypen gewährleistet, dass die Bruttoentgeltschwellen für die Steuerklassen I und III gleich hoch ausfallen.

Der gegenwärtig vom Kindesalter unabhängige Maximalbetrag des Kinzuschlags führt mit steigendem Lebensalter des Kindes (steigender Kindesbedarf) zu unsinnigen Sprüngen beim Schwellen-Brutto (vgl. Anhang, Tabelle 2); eine nachhaltige Überwindung von Hilfebedürftigkeit wird in diesen Fällen unmöglich. Verhindert werden könnte dies durch eine altersabhängige Staffelung des Maximalbetrages entsprechend der Differenzbeträge bei der Regelleistung für Kinder. Zudem trüge die Erhöhung des Maximalbetrages auf 200 €, 251 € bzw. 272 € zu einer deutlichen Senkung des Schwellen-Brutto bei.

Übersicht 3:

Reformmodell

Vorschlag der Arbeitnehmerkammer Bremen zur nachhaltigen Überwindung der »Hartz-IV«-Abhängigkeit von Kindern und deren Eltern

Kinderzuschlag

- Die Mindesteinkommensgrenze entfällt als Zugangsvoraussetzung für den Kinderzuschlag; als Schwelle für den Beginn der linearen Kürzung könnte sie hingegen beibehalten bleiben.
- Anspruch auf den Zuschlag besteht, sobald die Eltern ein überwiegend aus mehr als geringfügiger Beschäftigung bzw. Tätigkeit stammendes Einkommen erzielen und dessen anrechenbarer Teil zusammen mit dem durch Elterneinkommen ungekürzten Kinderzuschlag sowie Kindergeld, Wohngeld und evtl. Mietzuschlag zur Vermeidung von SGB-II-Hilfebedürftigkeit führt.
- Die Höchsteinkommensgrenze entfällt; die Kinderzuschlagsberechtigung endet im Zuge der Einkommensanrechnung.
- Der maximale Kinderzuschlag steigt von 140 € auf 200 € für unter sechsjährige, 251 € für sechs- bis 13-jährige und 272 € für ab 14-jährige Kinder.
- Der heutige Mehrbedarfszuschlag für Alleinerziehende wird im Falle der Kinderzuschlags-Berechtigung als Erhöhungsbetrag zum Kinderzuschlag gewährt.
- Die Verzichtsoption (Politik der Bedarfsunterdeckung) wird abgeschafft.

Wohngeld

- Resultiert das wohngeldrelevante Haushaltseinkommen überwiegend aus mehr als geringfügiger Beschäftigung oder Tätigkeit, erfolgt bei der Bestimmung des Jahreseinkommens ein pauschaler Abzug von 30% auch in den Fällen, in denen keine lfd. Steuern vom Lohn zu entrichten sind.
- Unterhalts- bzw. Unterhaltsvorschussleistungen werden bis zu der Höhe, in der sie gleichzeitig einen Kinderzuschlag mindern, nicht beim Jahreseinkommen berücksichtigt; im Gegenzug könnte auf den derzeitigen Abzug von 50 € vom wohngeldrelevanten Brutto pro Kind unter 12 Jahre bei Alleinerziehenden verzichtet werden.
- Erwerbstätige, die lfd. Steuern vom Einkommen zu entrichten haben, erhalten einen Mietzuschlag bis zur Höhe der fälligen Lohnsteuer (einschl. Soli), sofern und solange dieser – unter Berücksichtigung eines evtl. Kinderzuschlags – zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit nach SGB II erforderlich ist.

Erstmals veröffentlicht in: Johannes Steffen, Überwindung der »Hartz IV«-Abhängigkeit von Kindern und deren Eltern. Arbeitspapier zur zügig umsetzbaren Reduzierung von »Hartz-IV«-Abhängigkeit und »Kinderarmut«, Bremen, Oktober 2007. – Die Punkte sind angepasst an die zwischenzeitlichen Rechtsänderungen

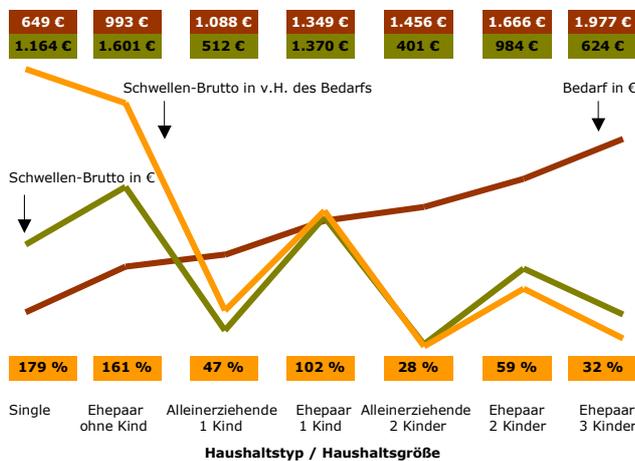
© Arbeitnehmerkammer Bremen

Um auch der Personengruppe der Alleinerziehenden systemstrukturell deutlich bessere Chancen zur Überwindung der »Hartz-IV«-Abhängigkeit im Wege einer Erwerbstätigkeit zu geben, bedarf es darüber hinausgehender Änderungen. Alleine die finanzneutrale »Umbuchung« des Mehrbedarfs für Alleinerziehende in einen Erhöhungsbetrag zum Kinderzuschlag würde das derzeit vergleichsweise hoch ausfallende Schwellen-Brutto merklich senken. Systematisch korrekt mindern Unterhalts-

bzw. Unterhaltsvorschussleistungen als Einkommen des Kindes den maximalen Kinderzuschlag in voller Höhe. Während aber der Kinderzuschlag bei der Ermittlung des Haushaltseinkommens im Rahmen der Prüfung eines Wohngeldanspruchs außen vor bleibt, erhöhen Unterhalts(vorschuss-)leistungen das wohngeldrelevante Haushaltseinkommen und mindern daher c.p. die Höhe des Wohngeldes. Dies kann zu dem paradoxen Ergebnis führen, dass eine Alleinerziehende *ohne* Unterhalts- bzw. Unterhaltsvorschussleistung für ihr Kind Hilfebedürftigkeit bereits mit einem niedrigeren Bruttoentgelt überwinden kann als mit dieser Leistung; ein Verzicht auf gesetzliche Unterhaltsvorschussleistung ist in solchen Fällen allerdings nicht möglich, ohne gleichzeitig den Anspruch auf Kinderzuschlag zu verlieren. Um diese »Hartz-IV«-Falle für Alleinerziehende zu beseitigen, ist es erforderlich, Unterhalts- bzw. Unterhaltsvorschussleistungen bis zu der Höhe, in der sie gleichzeitig einen Kinderzuschlag mindern, bei Ermittlung des Jahreseinkommens nach dem WoGG unberücksichtigt zu lassen. Im Ergebnis führen die vorgestellten Reformelemente zu einer teilweise drastischen Senkung der Hilfebedürftigkeit vermeidenden Bruttoentgeltschwellen in Haushalten mit Kindern (Abb. 5). Vor allem erwerbstätigen Alleinerziehenden würde die Perspektive eröffnet, bereits mit einer Teilzeitbeschäftigung ihre Fürsorgeabhängigkeit überwinden zu können.

Abbildung 05

Bedarf, Schwellen-Brutto sowie Schwellen-Brutto in v.H. des Bedarfs
- Reformmodell, Deutschland -



© Arbeitnehmerkammer Bremen

Abgesehen von der Angleichung für unverheiratete Paare (vgl. oben) hätten die einzelnen Reformelemente allerdings keine bzw. kaum Auswirkungen auf das Schwellen-Brutto für Ein- und Zweipersonenhaushalte (ohne Kind). Das Wohngeld wäre den vorliegenden Berechnungen zufolge nach wie vor so gut wie nicht in der Lage, für diese Haushaltstypen einen Beitrag zu Vermeidung von »Hartz-IV«-Abhängigkeit zu leisten. Der Umstand, dass erwerbseinkommensschwächere Ein- und Zweipersonenhaushalte eher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als in der Wohngeldberechtigung landen,

ist und bleibt unbefriedigend. Sofern ausschließlich der Gesichtspunkt einer effektiveren Vermeidung der Hilfebedürftigkeit von Erwerbstätigenhaushalten maßgebend ist, wäre bspw. eine stärkere Bereinigung von Erwerbseinkommen bei kinderlosen Haushalten dergestalt vorstellbar, indem der pauschale Abzug vom Erwerbseinkommen von 30% auf 40% oder 45% erhöht wird.²²

Ziel der hier vorgeschlagenen Reformelemente ist die Ersetzung bisheriger Fürsorgeleistungen durch vorgelagerte Sozialtransfers. Insoweit wären die Vorschläge gesamtfiskalisch kostenneutral; Mehrkosten resultieren vor allem aus der Erhöhung des Maximalbetrages sowie der Abschaffung der Höchsteinkommensgrenze beim Kinderzuschlag; durch den Verzicht auf eine Höchsteinkommensgrenze soll gewährleistet werden, dass das verfügbare bzw. anrechenbare Einkommen mit Überschreiten dieser Grenze nicht – wie heute – abrupt sinkt und dadurch evtl. erneut Hilfebedürftigkeit eintritt.

Auch die Reduzierung des anrechnungsfreien Hinzuverdienstes trüge zu einer Reduzierung der Bruttoentgeltschwellen bei. Im Unterschied zu allen anderen hier vorgeschlagenen Reformelementen, deren vorrangiges Ziel die Ersetzung bisheriger Fürsorgeleistungen durch vorgelagerte Sozialtransfers ist, hätte eine solche Maßnahme allerdings negative Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen aller im SGB-II-Bezug verbleibenden Haushalte mit Erwerbseinkommen. Von daher verbietet sich eine Senkung des Schwellen-Brutto mittels Einkommenskürzung.

²² Demgegenüber käme eine generelle Erhöhung des Wohngeldes für Ein- und Zweipersonenhaushalte vor allem auch Rentnern und Alg-Empfängern zugute

Angang:

Bedarfsdeckende Bruttoarbeitsentgelte in Haushalten mit minderjährigen Kindern

Den folgenden Tabellen sind die ungewichteten Werte für Bedarfe und Bruttoschwellen für Haushalte mit minderjährigen Kindern zu entnehmen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass mit der Erzielung der jeweils ausgewiesenen Bruttoentgelte Hilfebedürftigkeit nicht zwangsläufig nachhaltig überwunden sein muss.

In einer Reihe von Fällen ist vielmehr bei einem weiter steigenden Bruttoentgelt und den damit verbundenen Kürzungsschritten beim Wohngeld oder beim Kinderzuschlag ein (Wieder-) Eintritt von Hilfebedürftigkeit nicht auszuschließen.

1. SGB-II-Bedarf in Euro pro Monat

1.1 Deutschland

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Regelleistung					Mehrbedarf	KdU	Bedarfs-summe
		1. Erwachsener	2.	1. Kind	2.	3.			
(Ehe-) Paar mit einem Kind									
1	< 6 J	323	323	215	/	/	/	456	1.317
2	6 – 13 J	323	323	251	/	/	/	456	1.353
3	ab 14 J	323	323	287	/	/	/	456	1.389
(Ehe-) Paar mit zwei Kindern									
4	< 6 J / < 6 J	323	323	215	215	/	/	526	1.602
5	< 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	/	/	526	1.638
6	< 6 J / ab 14 J	323	323	215	287	/	/	526	1.674
7	6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	/	/	526	1.674
8	6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	287	/	/	526	1.710
9	ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	/	/	526	1.746
(Ehe-) Paar mit drei Kindern									
10	< 6 J / < 6 J / < 6 J	323	323	215	215	215	/	590	1.881
11	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	215	251	/	590	1.917
12	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	323	323	215	215	287	/	590	1.953
13	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	251	/	590	1.953
14	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	215	251	287	/	590	1.989
15	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	215	287	287	/	590	2.025
16	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	251	/	590	1.989
17	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	251	287	/	590	2.025
18	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	251	287	287	/	590	2.061
19	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	287	/	590	2.097
Alleinerziehende mit einem Kind									
20	< 6 J	359	/	215	/	/	129	405	1.108
21	6 J	359	/	251	/	/	129	405	1.144
22	7 – 11 J	359	/	251	/	/	43	405	1.058
23	12 – 13 J	359	/	251	/	/	43	405	1.058
24	ab 14 J	359	/	287	/	/	43	405	1.094
Alleinerziehende mit zwei Kindern									
25	< 6 J / < 6 J	359	/	215	215	/	129	487	1.405
26	< 6 J / 6 J	359	/	215	251	/	129	487	1.441
27	< 6 J / 7 – 11 J	359	/	215	251	/	129	487	1.441
28	< 6 J / 12 – 13 J	359	/	215	251	/	129	487	1.441
29	< 6 J / 14 – 15 J	359	/	215	287	/	129	487	1.477
30	< 6 J / 16 – 17 J	359	/	215	287	/	129	487	1.477
31	6 J / 6 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
32	6 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
33	6 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
34	6 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	487	1.513
35	6 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	129	487	1.513
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	487	1.513
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	487	1.470
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	487	1.477
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	487	1.513
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	487	1.470
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	359	/	287	287	/	129	487	1.549
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	487	1.506
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	487	1.506

1. SGB-II-Bedarf in Euro pro Monat

1.2 alte Länder einschl. Berlin

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Regelleistung					Mehrbedarf	KdU	Bedarfs- summe
		1. Erwachsener	2.	1. Kind	2.	3.			
(Ehe-) Paar mit einem Kind									
1	< 6 J	323	323	215	/	/	/	477	1.338
2	6 – 13 J	323	323	251	/	/	/	477	1.374
3	ab 14 J	323	323	287	/	/	/	477	1.410
(Ehe-) Paar mit zwei Kindern									
4	< 6 J / < 6 J	323	323	215	215	/	/	545	1.621
5	< 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	/	/	545	1.657
6	< 6 J / ab 14 J	323	323	215	287	/	/	545	1.693
7	6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	/	/	545	1.693
8	6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	287	/	/	545	1.729
9	ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	/	/	545	1.765
(Ehe-) Paar mit drei Kindern									
10	< 6 J / < 6 J / < 6 J	323	323	215	215	215	/	605	1.896
11	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	215	251	/	605	1.932
12	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	323	323	215	215	287	/	605	1.968
13	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	251	/	605	1.968
14	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	215	251	287	/	605	2.004
15	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	215	287	287	/	605	2.040
16	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	251	/	605	2.004
17	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	251	287	/	605	2.040
18	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	251	287	287	/	605	2.076
19	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	287	/	605	2.112
Alleinerziehende mit einem Kind									
20	< 6 J	359	/	215	/	/	129	422	1.125
21	6 J	359	/	251	/	/	129	422	1.161
22	7 – 11 J	359	/	251	/	/	43	422	1.075
23	12 – 13 J	359	/	251	/	/	43	422	1.075
24	ab 14 J	359	/	287	/	/	43	422	1.111
Alleinerziehende mit zwei Kindern									
25	< 6 J / < 6 J	359	/	215	215	/	129	502	1.420
26	< 6 J / 6 J	359	/	215	251	/	129	502	1.456
27	< 6 J / 7 – 11 J	359	/	215	251	/	129	502	1.456
28	< 6 J / 12 – 13 J	359	/	215	251	/	129	502	1.456
29	< 6 J / 14 – 15 J	359	/	215	287	/	129	502	1.492
30	< 6 J / 16 – 17 J	359	/	215	287	/	129	502	1.492
31	6 J / 6 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
32	6 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
33	6 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
34	6 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	502	1.528
35	6 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	129	502	1.528
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	502	1.528
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	502	1.485
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	502	1.492
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	502	1.528
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	502	1.485
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	359	/	287	287	/	129	502	1.564
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	502	1.521
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	502	1.521

1. SGB-II-Bedarf in Euro pro Monat

1.3 neue Länder

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Regelleistung					Mehrbedarf	KdU	Bedarfs- summe
		1. Erwachsener	2.	1. Kind	2.	3.			
(Ehe-) Paar mit einem Kind									
1	< 6 J	323	323	215	/	/	/	382	1.243
2	6 – 13 J	323	323	251	/	/	/	382	1.279
3	ab 14 J	323	323	287	/	/	/	382	1.315
(Ehe-) Paar mit zwei Kindern									
4	< 6 J / < 6 J	323	323	215	215	/	/	440	1.516
5	< 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	/	/	440	1.552
6	< 6 J / ab 14 J	323	323	215	287	/	/	440	1.588
7	6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	/	/	440	1.588
8	6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	287	/	/	440	1.624
9	ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	/	/	440	1.660
(Ehe-) Paar mit drei Kindern									
10	< 6 J / < 6 J / < 6 J	323	323	215	215	215	/	492	1.783
11	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	323	323	215	215	251	/	492	1.819
12	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	323	323	215	215	287	/	492	1.855
13	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	215	251	251	/	492	1.855
14	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	215	251	287	/	492	1.891
15	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	215	287	287	/	492	1.927
16	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	323	323	251	251	251	/	492	1.891
17	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	323	323	251	251	287	/	492	1.927
18	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	251	287	287	/	492	1.963
19	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	323	323	287	287	287	/	492	1.999
Alleinerziehende mit einem Kind									
20	< 6 J	359	/	215	/	/	129	345	1.048
21	6 J	359	/	251	/	/	129	345	1.048
22	7 – 11 J	359	/	251	/	/	43	345	998
23	12 – 13 J	359	/	251	/	/	43	345	998
24	ab 14 J	359	/	287	/	/	43	345	1.034
Alleinerziehende mit zwei Kindern									
25	< 6 J / < 6 J	359	/	215	215	/	129	413	1.331
26	< 6 J / 6 J	359	/	215	251	/	129	413	1.367
27	< 6 J / 7 – 11 J	359	/	215	251	/	129	413	1.367
28	< 6 J / 12 – 13 J	359	/	215	251	/	129	413	1.367
29	< 6 J / 14 – 15 J	359	/	215	287	/	129	413	1.403
30	< 6 J / 16 – 17 J	359	/	215	287	/	129	413	1.403
31	6 J / 6 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
32	6 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
33	6 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
34	6 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	413	1.439
35	6 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	129	413	1.439
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	413	1.439
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	413	1.396
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	359	/	251	251	/	129	413	1.403
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	359	/	251	287	/	129	413	1.439
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	359	/	251	287	/	86	413	1.396
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	359	/	287	287	/	129	413	1.475
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	413	1.432
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	359	/	287	287	/	86	413	1.432

2. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Monat

2.1 Deutschland

Ifd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Brutto	Netto	E-FB	anrechenbares Einkommen					Summe	SGB-II-Bedarf
					anr. Netto	Wog	Kig	Kiz	UnV		
Ehepaar mit einem Kind											
1 (E)	< 6 J	1.619	1.292	310	982	31	164	140	/	1.317	1.317
2 (E)	6 – 13 J	1.728	1.379	310	1.069	0	164	120	/	1.353	1.353
3 (E)	ab 14 J	1.740	1.388	310	1.078	57	164	115	/	1.414	1.389
Paar mit einem Kind											
1 (P)	< 6 J	1.958	1.323	310	1.013	0	164	140	/	1.317	1.317
2 (P)	6 – 13 J	2.068	1.379	310	1.069	0	164	120	/	1.353	1.353
3 (P)	ab 14 J	2.206	1.450	310	1.140	0	164	85	/	1.389	1.389
Ehepaar mit zwei Kindern											
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.329	1.060	293	767	227	328	280	/	1.602	1.602
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.406	1.122	301	821	209	328	280	/	1.638	1.638
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.485	1.185	309	876	190	328	280	/	1.674	1.674
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.485	1.185	309	876	190	328	280	/	1.674	1.674
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.554	1.240	310	930	172	328	280	/	1.710	1.710
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.618	1.291	310	981	157	328	280	/	1.746	1.746
Paar mit zwei Kindern											
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.484	1.070	308	761	233	328	280	/	1.602	1.602
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.597	1.131	310	821	209	328	280	/	1.638	1.638
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.702	1.189	310	879	187	328	280	/	1.674	1.674
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.702	1.189	310	879	187	328	280	/	1.674	1.674
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.812	1.249	310	939	163	328	280	/	1.710	1.710
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.925	1.310	310	1.000	138	328	280	/	1.746	1.746
Ehepaar mit drei Kindern											
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.106	882	271	612	351	498	420	/	1.881	1.881
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.182	943	278	665	334	498	420	/	1.917	1.917
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.258	1.004	286	718	317	498	420	/	1.953	1.953
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.258	1.004	286	718	317	498	420	/	1.953	1.953
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.336	1.066	294	772	299	498	420	/	1.989	1.989
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.416	1.130	302	828	279	498	420	/	2.025	2.025
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.336	1.066	294	772	299	498	420	/	1.989	1.989
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.416	1.130	302	828	279	498	420	/	2.025	2.025
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.493	1.191	309	882	261	498	420	/	2.061	2.061
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.557	1.242	310	932	247	498	420	/	2.097	2.097
Paar mit drei Kindern											
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.101	853	270	582	381	498	420	/	1.881	1.881
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.213	921	281	640	359	498	420	/	1.917	1.917
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.339	995	294	701	334	498	420	/	1.953	1.953
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.339	995	294	701	334	498	420	/	1.953	1.953
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.502	1.079	310	769	302	498	420	/	1.989	1.989
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.609	1.138	310	828	279	498	420	/	2.025	2.025
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.502	1.079	310	769	302	498	420	/	1.989	1.989
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.609	1.138	310	828	279	498	420	/	2.025	2.025
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.713	1.195	310	885	258	498	420	/	2.061	2.061
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.816	1.251	310	941	238	498	420	/	2.097	2.097
Alleinerziehende mit einem Kind											
20	< 6 J	1.518	1.114	310	804	0	164	23	117	1.108	1.108
21	6 J	1.551	1.132	310	822	0	164	0	158	1.144	1.144
22	7 – 11 J	1.222	947	282	665	71	164	0	158	1.058	1.058
23	12 – 13 J	1.137	894	274	621	134	164	140	/	1.058	1.058
24	ab 14 J	1.272	978	287	691	99	164	140	/	1.094	1.094
Alleinerziehende mit zwei Kindern											
25	< 6 J / < 6 J	1.140	895	274	621	176	328	46	234	1.405	1.405
26	< 6 J / 6 J	1.249	964	285	679	136	328	23	275	1.441	1.441
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.249	964	285	679	136	328	23	275	1.441	1.441
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.194	930	279	650	183	328	163	117	1.441	1.441
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.325	1.010	293	718	151	328	163	117	1.477	1.477
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.325	1.010	293	718	151	328	163	117	1.477	1.477
31	6 J / 6 J	1.394	1.049	299	749	84	328	0	316	1.477	1.477
32	6 J / 7 – 11 J	1.394	1.049	299	749	84	328	0	316	1.477	1.477
33	6 J / 12 – 13 J	1.312	1.002	291	711	140	328	140	158	1.477	1.477
34	6 J / 14 – 15 J	1.501	1.105	310	795	92	328	140	158	1.513	1.513
35	6 J / 16 – 17 J	1.501	1.105	310	795	92	328	140	158	1.513	1.513
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.403	1.053	300	753	80	328	0	316	1.477	1.477
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.311	1.002	291	711	140	328	140	158	1.477	1.477
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.501	1.105	310	795	92	328	140	158	1.513	1.513
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.284	986	288	697	147	328	140	158	1.470	1.470
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.241	959	284	675	194	328	280	/	1.477	1.477
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.398	1.051	300	751	154	328	280	/	1.513	1.513
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.214	942	281	661	201	328	280	/	1.470	1.470
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	2.285	1.531	310	1.221	0	328	0	/	1.549	1.549
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.358	1.029	296	733	165	328	280	/	1.506	1.506
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.358	1.029	296	733	165	328	280	/	1.506	1.506

2. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Monat

2.2 alte Länder einschl. Berlin

Ifd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Brutto	Netto	E-FB	anrechenbares Einkommen					Summe	SGB-II-Bedarf
					anr. Netto	Wog	Kig	Kiz	UnV		
Ehepaar mit einem Kind											
1 (E)	< 6 J	1.656	1.321	310	1.011	23	164	140	/	1.338	1.338
2 (E)	6 – 13 J	1.740	1.388	310	1.078	61	164	120	/	1.423	1.374
3 (E)	ab 14 J	1.740	1.388	310	1.078	61	164	125	/	1.428	1.410
Paar mit einem Kind											
1 (P)	< 6 J	2.000	1.344	310	1.034	0	164	140	/	1.338	1.338
2 (P)	6 – 13 J	2.109	1.400	310	1.090	0	164	120	/	1.374	1.374
3 (P)	ab 14 J	2.248	1.471	310	1.161	0	164	85	/	1.410	1.410
Ehepaar mit zwei Kindern											
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.356	1.082	296	786	227	328	280	/	1.621	1.621
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.433	1.143	303	840	209	328	280	/	1.657	1.657
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.510	1.205	310	895	190	328	280	/	1.693	1.693
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.510	1.205	310	895	190	328	280	/	1.693	1.693
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.578	1.259	310	949	172	328	280	/	1.729	1.729
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.643	1.311	310	1.001	156	328	280	/	1.765	1.765
Paar mit zwei Kindern											
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.529	1.093	310	783	230	328	280	/	1.621	1.621
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.631	1.150	310	840	209	328	280	/	1.657	1.657
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.742	1.211	310	901	184	328	280	/	1.693	1.693
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.742	1.211	310	901	184	328	280	/	1.693	1.693
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.854	1.272	310	962	159	328	280	/	1.729	1.729
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.968	1.333	310	1.023	134	328	280	/	1.765	1.765
Ehepaar mit drei Kindern											
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.121	894	272	622	356	498	420	/	1.896	1.896
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.198	956	280	676	338	498	420	/	1.932	1.932
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.274	1.016	287	729	321	498	420	/	1.968	1.968
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.274	1.016	287	729	321	498	420	/	1.968	1.968
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.354	1.080	295	785	301	498	420	/	2.004	2.004
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.432	1.142	303	839	283	498	420	/	2.040	2.040
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.354	1.080	295	785	301	498	420	/	2.004	2.004
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.432	1.142	303	839	283	498	420	/	2.040	2.040
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.508	1.203	310	893	265	498	420	/	2.076	2.076
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.572	1.254	310	944	250	498	420	/	2.112	2.112
Paar mit drei Kindern											
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.123	866	272	594	384	498	420	/	1.896	1.896
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.239	937	284	653	361	498	420	/	1.932	1.932
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.370	1.011	297	714	336	498	420	/	1.968	1.968
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.370	1.011	297	714	336	498	420	/	1.968	1.968
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.526	1.092	310	782	304	498	420	/	2.004	2.004
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.629	1.149	310	839	283	498	420	/	2.040	2.040
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.526	1.092	310	782	304	498	420	/	2.004	2.004
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.629	1.149	310	839	283	498	420	/	2.040	2.040
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.738	1.209	310	899	259	498	420	/	2.076	2.076
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.843	1.266	310	956	238	498	420	/	2.112	2.112
Alleinerziehende mit einem Kind											
20	< 6 J	1.590	1.154	310	844	0	164	0	117	1.125	1.125
21	6 J	1.581	1.149	310	839	0	164	0	158	1.161	1.161
22	7 – 11 J	1.260	971	286	685	68	164	0	158	1.075	1.075
23	12 – 13 J	1.179	920	278	642	129	164	140	/	1.075	1.075
24	ab 14 J	1.327	1.012	293	719	88	164	140	/	1.111	1.111
Alleinerziehende mit zwei Kindern											
25	< 6 J / < 6 J	1.169	914	277	637	175	328	46	234	1.420	1.420
26	< 6 J / 6 J	1.290	989	289	700	130	328	23	275	1.456	1.456
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.290	989	289	700	130	328	23	275	1.456	1.456
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.224	949	282	666	182	328	163	117	1.456	1.456
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.371	1.036	297	739	145	328	163	117	1.492	1.492
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.371	1.036	297	739	145	328	163	117	1.492	1.492
31	6 J / 6 J	1.460	1.084	306	778	70	328	0	316	1.492	1.492
32	6 J / 7 – 11 J	1.460	1.084	306	778	70	328	0	316	1.492	1.492
33	6 J / 12 – 13 J	1.356	1.028	296	732	134	328	140	158	1.492	1.492
34	6 J / 14 – 15 J	1.949	1.352	310	1.042	0	328	0	158	1.528	1.528
35	6 J / 16 – 17 J	1.949	1.352	310	1.042	0	328	0	158	1.528	1.528
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.460	1.084	306	778	70	328	0	316	1.492	1.492
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.356	1.028	296	732	134	328	140	158	1.492	1.492
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.949	1.352	310	1.042	0	328	0	158	1.528	1.528
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.317	1.005	292	714	145	328	140	158	1.485	1.485
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.280	983	288	695	189	328	280	/	1.492	1.492
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.453	1.080	305	775	145	328	280	/	1.528	1.528
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.252	966	285	681	196	328	280	/	1.485	1.485
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	2.313	1.546	310	1.236	0	328	0	/	1.564	1.564
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.412	1.058	301	757	156	328	280	/	1.521	1.521
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.412	1.058	301	757	156	328	280	/	1.521	1.521

2. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Monat

2.3 neue Länder

Ifd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Brutto	Netto	E-FB	anr. Netto an N	Wog Wog	anrechenbares Einkommen			Summe Σ	SGB-II-Bedarf
							Kig Kig	Kiz Kiz	UnV UnV		
Ehepaar mit einem Kind											
1 (E)	< 6 J	1.523	1.215	310	905	34	164	140	/	1.243	1.243
2 (E)	6 – 13 J	1.623	1.295	310	985	0	164	130	/	1.279	1.279
3 (E)	ab 14 J	1.706	1.361	310	1.051	0	164	100	/	1.315	1.315
Paar mit einem Kind											
1 (P)	< 6 J	1.768	1.225	310	915	24	164	140	/	1.243	1.243
2 (P)	6 – 13 J	1.901	1.295	310	985	0	164	130	/	1.279	1.279
3 (P)	ab 14 J	2.033	1.361	310	1.051	0	164	100	/	1.315	1.315
Ehepaar mit zwei Kindern											
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.244	992	284	708	200	328	280	/	1.516	1.516
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.318	1.051	292	760	184	328	280	/	1.552	1.552
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.393	1.111	299	812	168	328	280	/	1.588	1.588
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.393	1.111	299	812	168	328	280	/	1.588	1.588
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.469	1.172	307	865	151	328	280	/	1.624	1.624
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.535	1.225	310	915	137	328	280	/	1.660	1.660
Paar mit zwei Kindern											
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.316	982	292	690	318	328	280	/	1.516	1.516
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.468	1.062	307	755	189	328	280	/	1.552	1.552
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.581	1.122	310	812	168	328	280	/	1.588	1.588
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.581	1.122	310	812	168	328	280	/	1.588	1.588
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.682	1.178	310	868	148	328	280	/	1.624	1.624
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.782	1.233	310	923	129	328	280	/	1.660	1.660
Ehepaar mit drei Kindern											
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.033	824	263	561	304	498	420	/	1.783	1.783
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.106	882	271	612	289	498	420	/	1.819	1.819
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.179	941	278	663	274	498	420	/	1.855	1.855
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.179	941	278	663	274	498	420	/	1.855	1.855
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.252	999	285	714	259	498	420	/	1.891	1.891
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.327	1.059	293	766	243	498	420	/	1.927	1.927
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.252	999	285	714	259	498	420	/	1.891	1.891
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.327	1.059	293	766	243	498	420	/	1.927	1.927
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.397	1.114	300	815	230	498	420	/	1.963	1.963
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.472	1.174	307	867	214	498	420	/	1.999	1.999
Paar mit drei Kindern											
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.010	795	261	534	331	498	420	/	1.783	1.783
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.109	858	271	587	314	498	420	/	1.819	1.819
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.213	921	281	640	297	498	420	/	1.855	1.855
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.213	921	281	640	297	498	420	/	1.855	1.855
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.328	989	293	696	277	498	420	/	1.891	1.891
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.483	1.069	308	761	248	498	420	/	1.927	1.927
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.328	989	293	696	277	498	420	/	1.891	1.891
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.483	1.069	308	761	248	498	420	/	1.927	1.927
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.586	1.125	310	815	230	498	420	/	1.963	1.963
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.684	1.179	310	869	212	498	420	/	1.999	1.999
Alleinerziehende mit einem Kind											
20	< 6 J	1.288	988	289	699	45	164	23	117	1.048	1.048
21	6 J	1.423	1.064	302	762	0	164	0	158	1.084	1.084
22	7 – 11 J	1.089	863	269	594	82	164	0	158	998	998
23	12 – 13 J	1.050	837	265	572	125	164	140	/	1.001	998
24	ab 14 J	1.155	905	276	630	100	164	140	/	1.034	1.034
Alleinerziehende mit zwei Kindern											
25	< 6 J / < 6 J	1.028	820	263	557	166	328	46	234	1.331	1.331
26	< 6 J / 6 J	1.113	878	271	607	134	328	23	275	1.367	1.367
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.113	878	271	607	134	328	23	275	1.367	1.367
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.071	851	267	584	175	328	163	117	1.367	1.367
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.184	924	278	645	150	328	163	117	1.403	1.403
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.184	924	278	645	150	328	163	117	1.403	1.403
31	6 J / 6 J	1.216	944	282	662	97	328	0	316	1.403	1.403
32	6 J / 7 – 11 J	1.216	944	282	662	97	328	0	316	1.403	1.403
33	6 J / 12 – 13 J	1.169	914	277	637	140	328	140	158	1.403	1.403
34	6 J / 14 – 15 J	1.288	988	289	699	114	328	140	158	1.439	1.439
35	6 J / 16 – 17 J	1.288	988	289	699	114	328	140	158	1.439	1.439
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.216	944	282	662	97	328	0	316	1.403	1.403
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.169	914	277	637	140	328	140	158	1.403	1.403
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.288	988	289	699	114	328	140	158	1.439	1.439
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.143	898	274	623	147	328	140	158	1.396	1.396
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.124	885	272	613	182	328	280	/	1.403	1.403
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.241	959	284	675	156	328	280	/	1.439	1.439
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.101	871	270	600	188	328	280	/	1.396	1.396
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	1.380	1.041	298	743	124	328	280	/	1.475	1.475
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.222	947	282	665	159	328	280	/	1.432	1.432
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.222	947	282	665	159	328	280	/	1.432	1.432

3. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Stunde

3.1 Deutschland

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Bruttoentgelt pro Monat	Bruttoentgelt pro Stunde		
			35 Std/W	38,5 Std/W	40 Std/W
Ehepaar mit einem Kind					
1 (E)	< 6 J	1.619	10,72	9,69	9,36
2 (E)	6 – 13 J	1.728	11,44	10,35	9,99
3 (E)	ab 14 J	1.740	11,52	10,42	10,06
Paar mit einem Kind					
1 (P)	< 6 J	1.958	12,97	11,72	11,32
2 (P)	6 – 13 J	2.068	13,70	12,38	11,95
3 (P)	ab 14 J	2.206	14,61	13,21	12,75
Ehepaar mit zwei Kindern					
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.329	8,80	7,96	7,68
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.406	9,31	8,42	8,13
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.485	9,83	8,89	8,58
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.485	9,83	8,89	8,58
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.554	10,29	9,31	8,98
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.618	10,72	9,69	9,35
Paar mit zwei Kindern					
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.484	9,83	8,89	8,58
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.597	10,58	9,56	9,23
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.702	11,27	10,19	9,84
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.702	11,27	10,19	9,84
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.812	12,00	10,85	10,47
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.925	12,75	11,53	11,13
Ehepaar mit drei Kindern					
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.106	7,32	6,62	6,39
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.182	7,83	7,08	6,83
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.258	8,33	7,53	7,27
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.258	8,33	7,53	7,27
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.336	8,85	8,00	7,72
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.416	9,38	8,48	8,18
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.336	8,85	8,00	7,72
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.416	9,38	8,48	8,18
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.493	9,89	8,94	8,63
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.557	10,31	9,32	9,00
Paar mit drei Kindern					
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.101	7,29	6,59	6,36
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.213	8,03	7,26	7,01
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.339	8,87	8,02	7,74
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.339	8,87	8,02	7,74
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.502	9,95	8,99	8,68
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.609	10,66	9,63	9,30
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.502	9,95	8,99	8,68
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.609	10,66	9,63	9,30
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.713	11,34	10,26	9,90
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.816	12,03	10,87	10,50
Alleinerziehende mit einem Kind					
20	< 6 J	1.518	10,05	9,09	8,77
21	6 J	1.551	10,27	9,29	8,97
22	7 – 11 J	1.222	8,09	7,32	7,06
23	12 – 13 J	1.137	7,53	6,81	6,57
24	ab 14 J	1.272	8,42	7,62	7,35
Alleinerziehende mit zwei Kindern					
25	< 6 J / < 6 J	1.139	7,54	6,82	6,58
26	< 6 J / 6 J	1.249	8,27	7,48	7,22
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.249	8,27	7,48	7,22
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.194	7,91	7,15	6,90
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.325	8,77	7,93	7,66
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.325	8,77	7,93	7,66
31	6 J / 6 J	1.394	9,23	8,35	8,06
32	6 J / 7 – 11 J	1.394	9,23	8,35	8,06
33	6 J / 12 – 13 J	1.312	8,69	7,86	7,58
34	6 J / 14 – 15 J	1.501	9,94	8,99	8,68
35	6 J / 16 – 17 J	1.501	9,94	8,99	8,68
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.403	9,29	8,40	8,11
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.311	8,68	7,85	7,58
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.501	9,94	8,99	8,68
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.284	8,50	7,69	7,42
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.241	8,22	7,43	7,17
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.398	9,26	8,37	8,08
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.214	8,04	7,27	7,02
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	2.285	15,13	13,68	13,21
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.358	8,99	8,13	7,85
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.358	8,99	8,13	7,85

3. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Stunde

3.2 alte Länder einschl. Berlin

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Bruttoentgelt pro Monat	Bruttoentgelt pro Stunde		
			35 Std/W	38,5 Std/W	40 Std/W
Ehepaar mit einem Kind					
1 (E)	< 6 J	1.656	10,97	9,92	9,57
2 (E)	6 – 13 J	1.740	11,52	10,42	10,06
3 (E)	ab 14 J	1.740	11,52	10,42	10,06
Paar mit einem Kind					
1 (P)	< 6 J	2.000	13,25	11,98	11,56
2 (P)	6 – 13 J	2.109	13,97	12,63	12,19
3 (P)	ab 14 J	2.248	14,89	13,46	12,99
Ehepaar mit zwei Kindern					
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.356	8,98	8,12	7,84
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.433	9,49	8,58	8,28
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.510	10,00	9,04	8,73
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.510	10,00	9,04	8,73
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.578	10,45	9,45	9,12
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.643	10,88	9,84	9,50
Paar mit zwei Kindern					
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.529	10,13	9,16	8,84
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.631	10,80	9,77	9,43
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.742	11,54	10,43	10,07
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.742	11,54	10,43	10,07
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.854	12,28	11,10	10,72
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.968	13,03	11,78	11,38
Ehepaar mit drei Kindern					
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.121	7,42	6,71	6,48
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.198	7,93	7,17	6,92
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.274	8,44	7,63	7,36
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.274	8,44	7,63	7,36
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.354	8,97	8,11	7,83
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.432	9,48	8,57	8,28
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.354	8,97	8,11	7,83
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.432	9,48	8,57	8,28
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.508	9,99	9,03	8,72
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.572	10,41	9,41	9,09
Paar mit drei Kindern					
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.123	7,44	6,72	6,49
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.239	8,21	7,42	7,16
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.370	9,07	8,20	7,92
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.370	9,07	8,20	7,92
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.526	10,11	9,14	8,82
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.629	10,79	9,75	9,42
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.526	10,11	9,14	8,82
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.629	10,79	9,75	9,42
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.738	11,51	10,41	10,05
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.843	12,21	11,04	10,65
Alleinerziehende mit einem Kind					
20	< 6 J	1.590	10,53	9,52	9,19
21	6 J	1.581	10,47	9,47	9,14
22	7 – 11 J	1.260	8,34	7,54	7,28
23	12 – 13 J	1.179	7,81	7,06	6,82
24	ab 14 J	1.327	8,79	7,95	7,67
Alleinerziehende mit zwei Kindern					
25	< 6 J / < 6 J	1.169	7,74	7,00	6,76
26	< 6 J / 6 J	1.290	8,54	7,72	7,46
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.290	8,54	7,72	7,46
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.224	8,11	7,33	7,08
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.371	9,08	8,21	7,92
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.371	9,08	8,21	7,92
31	6 J / 6 J	1.460	9,67	8,74	8,44
32	6 J / 7 – 11 J	1.460	9,67	8,74	8,44
33	6 J / 12 – 13 J	1.356	8,98	8,12	7,84
34	6 J / 14 – 15 J	1.949	12,91	11,67	11,27
35	6 J / 16 – 17 J	1.949	12,91	11,67	11,27
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.460	9,67	8,74	8,44
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.356	8,98	8,12	7,84
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.949	12,91	11,67	11,27
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.317	8,72	7,89	7,61
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.280	8,48	7,66	7,40
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.453	9,62	8,70	8,40
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.252	8,29	7,50	7,24
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	2.313	15,32	13,85	13,37
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.412	9,35	8,46	8,16
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.412	9,35	8,46	8,16

3. Bedarfsdeckende Bruttoentgelte in Euro pro Stunde

3.3 neue Länder

lfd. Nr.	Haushaltstyp und Alter der Kinder	Bruttoentgelt pro Monat	Bruttoentgelt pro Stunde		
			35 Std/W	38,5 Std/W	40 Std/W
Ehepaar mit einem Kind					
1 (E)	< 6 J	1.523	10,09	9,12	8,80
2 (E)	6 – 13 J	1.623	10,75	9,72	9,38
3 (E)	ab 14 J	1.706	11,30	10,22	9,86
Paar mit einem Kind					
1 (P)	< 6 J	1.768	11,71	10,59	10,22
2 (P)	6 – 13 J	1.901	12,59	11,38	10,99
3 (P)	ab 14 J	2.033	13,46	12,17	11,75
Ehepaar mit zwei Kindern					
4 (E)	< 6 J / < 6 J	1.244	8,24	7,45	7,19
5 (E)	< 6 J / 6 – 13 J	1.318	8,73	7,89	7,62
6 (E)	< 6 J / ab 14 J	1.393	9,23	8,34	8,05
7 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.393	9,23	8,34	8,05
8 (E)	6 – 13 J / ab 14 J	1.469	9,73	8,80	8,49
9 (E)	ab 14 J / ab 14 J	1.535	10,17	9,19	8,87
Paar mit zwei Kindern					
4 (P)	< 6 J / < 6 J	1.316	8,72	7,88	7,61
5 (P)	< 6 J / 6 – 13 J	1.468	9,72	8,79	8,49
6 (P)	< 6 J / ab 14 J	1.581	10,47	9,47	9,14
7 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J	1.581	10,47	9,47	9,14
8 (P)	6 – 13 J / ab 14 J	1.682	11,14	10,07	9,72
9 (P)	ab 14 J / ab 14 J	1.782	11,80	10,67	10,30
Ehepaar mit drei Kindern					
10 (E)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.033	6,84	6,19	5,97
11 (E)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.106	7,32	6,62	6,39
12 (E)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.179	7,81	7,06	6,82
13 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.179	7,81	7,06	6,82
14 (E)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.252	8,29	7,50	7,24
15 (E)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.327	8,79	7,95	7,67
16 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.252	8,29	7,50	7,24
17 (E)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.327	8,79	7,95	7,67
18 (E)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.397	9,25	8,37	8,08
19 (E)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.472	9,75	8,81	8,51
Paar mit drei Kindern					
10 (P)	< 6 J / < 6 J / < 6 J	1.010	6,69	6,05	5,84
11 (P)	< 6 J / < 6 J / 6 – 13 J	1.109	7,34	6,64	6,41
12 (P)	< 6 J / < 6 J / ab 14 J	1.213	8,03	7,26	7,01
13 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.213	8,03	7,26	7,01
14 (P)	< 6 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.328	8,79	7,95	7,68
15 (P)	< 6 J / ab 14 J / ab 14 J	1.483	9,82	8,88	8,57
16 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / 6 – 13 J	1.328	8,79	7,95	7,68
17 (P)	6 – 13 J / 6 – 13 J / ab 14 J	1.483	9,82	8,88	8,57
18 (P)	6 – 13 J / ab 14 J / ab 14 J	1.586	10,50	9,50	9,17
19 (P)	ab 14 J / ab 14 J / ab 14 J	1.684	11,15	10,08	9,73
Alleinerziehende mit einem Kind					
20	< 6 J	1.288	8,53	7,71	7,45
21	6 J	1.423	9,42	8,52	8,23
22	7 – 11 J	1.089	7,21	6,52	6,29
23	12 – 13 J	1.050	6,95	6,29	6,07
24	ab 14 J	1.155	7,65	6,92	6,68
Alleinerziehende mit zwei Kindern					
25	< 6 J / < 6 J	1.028	6,81	6,16	5,94
26	< 6 J / 6 J	1.113	7,37	6,66	6,43
27	< 6 J / 7 – 11 J	1.113	7,37	6,66	6,43
28	< 6 J / 12 – 13 J	1.071	7,09	6,41	6,19
29	< 6 J / 14 – 15 J	1.184	7,84	7,09	6,84
30	< 6 J / 16 – 17 J	1.184	7,84	7,09	6,84
31	6 J / 6 J	1.216	8,05	7,28	7,03
32	6 J / 7 – 11 J	1.216	8,05	7,28	7,03
33	6 J / 12 – 13 J	1.169	7,74	7,00	6,76
34	6 J / 14 – 15 J	1.288	8,53	7,71	7,45
35	6 J / 16 – 17 J	1.288	8,53	7,71	7,45
36	7 – 11 J / 7 – 11 J	1.216	8,05	7,28	7,03
37	7 – 11 J / 12 – 13 J	1.169	7,74	7,00	6,76
38	7 – 11 J / 14 – 15 J	1.288	8,53	7,71	7,45
39	7 – 11 J / 16 – 17 J	1.143	7,57	6,84	6,61
40	12 – 13 J / 12 – 13 J	1.124	7,44	6,73	6,50
41	12 – 13 J / 14 – 15 J	1.241	8,22	7,43	7,17
42	12 – 13 J / 16 – 17 J	1.101	7,29	6,59	6,36
43	14 – 15 J / 14 – 15 J	1.380	9,14	8,26	7,98
44	14 – 15 J / 16 – 17 J	1.222	8,09	7,32	7,06
45	16 – 17 J / 16 – 17 J	1.222	8,09	7,32	7,06